

Lernen wir von den Klassenkämpfen in Griechenland!

Während die linke und auch die kommunistische Presse in der BRD eher zurückhaltend reagiert, sind die bürgerlichen Medien voll von Meldungen und Analysen aus und über Griechenland. Letztere malen regelrechte Horrorszenarien an die Wand, angefangen vom angeblich drohenden Staatsbankrott in Athen bis hin zum faktischen Zerfall der Eurozone; die Situation in Griechenland scheint für die herrschende Klasse tatsächlich zu einer Herausforderung für das imperialistische Projekt EU zu werden.

Die relative Zurückhaltung der linken Medien im Allgemeinen sowie der kommunistischen im Besonderen, lässt sich recht einfach erklären.

Sowohl die imperialistischen Reaktionen auf die ökonomischen Entwicklungen in Griechenland als auch der Aufschwung der Klassenkämpfe und die Avantgarderolle der Kommunistischen Partei (KKE) lassen alle Illusionen über einen angeblich „globalisierten Kapitalismus“ oder die Reformfähigkeit der EU zerplatzen. Die so genannte „Europäische Linkspartei“ (EL) wird durch und in Griechenland als das entlarvt, was sie ist: ein Instrument des deutsch-französisch geführten europäischen Imperialismus. An den

Klassenkämpfen in Griechenland zerschellen damit zugleich wesentliche Teile revisionistischer und rechtsopportunistischer Vorstellungen in der schwachen, zersplitterten kommunistischen Bewegung in der BRD. Sie sind ein sehr lebendiger Aufruf, in Deutschland endlich eine einheitliche, marxistisch-leninistische Kommunistische Partei zu schaffen. Wir haben uns vor dem Hintergrund dieser Herausforderung sehr kurzfristig entschlossen, die Entwicklung der Klassenkämpfe in Griechenland zum Schwerpunkt unseres Bulletins zu machen. Wir wollen dies im Rahmen der KI fortsetzen.

Die letzten Entwicklungen in Griechenland belegen, dass die vier

Kernforderungen des militanten, klassenkämpferischen Gewerkschaftsverbandes PAME bis weit über die eigenen Reihen hinaus akzeptiert und zur Basis der Kämpfe werden. Sie lauten: „Wir sollten der weiteren Reduzierung unserer Einkommen sowie der Zerschlagung unserer Errungenschaften nicht zustimmen!“, „Nein zu den Steuererhöhungen!“, „Nein zur Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme!“, „Wir sollten ihnen nicht erlauben, sogar die Mindestlöhne und die kollektiven Vereinbarungen aufzuheben, Entlassungen vorzunehmen!“ – „Zeigen wir unsere Stärke! Wir haben das Recht auf moderne Rechte! Wir produzieren den Wohlstand! Wir können besser ohne die Plutokratie leben!“ (siehe dazu im Detail: www.pamehellas.gr).

Sowohl PAME als auch die KKE orientieren auf eine Verschärfung des Klassenkampfes, auf weitere Streikaktionen und Formen des Generalstreiks. Deshalb erklärte die Generalsekretärin der KKE, Genossin Aleka Papatrifa, öffentlich und in aller Deutlichkeit: „Traut den Erklärungen der Regierung nicht! Traut nicht jenen Kräften, die von den Kapitalisten geführt werden! Sie lügen; sie versuchen, die Arbeiter einzuschüchtern; sie erwarten von ihnen, dass sie ihre Kämpfe einstellen, um weitere, noch schlimmere Maßnahmen zu verkünden. Noch Schlechteres wird kommen! Daher ist es notwendig, den Kampf fortzuführen und zu eskalieren!“ (www.inter.kke.gr)

Auf dem Weg des verschärften Klassenkampfes entwickelt sich die breite, demokratische, anti-imperialistische Front als Voraussetzung für die sozialistische Revolution. Jeder Tag belegt deshalb lebendig und anschaulich diese Grundorientierung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE).

Die Redaktion



24stündiger Generalstreik in Griechenland Die Plutokratie muss für die Krise bezahlen

Der jüngste 24stündige Streik am 24. Februar gegen die Pläne der sozialdemokratischen PASOK-Regierung, den Arbeitenden die Lasten der kapitalistischen Krise aufzubürden, war ein voller Erfolg. Millionen Werktätige leisteten den Einschüchterungsversuchen der Parteien des Kapitals (der sozialdemokratischen PASOK, der konservativen Nea Dimokratia (ND) und der rechtsextremen, rassistischen LAOS Widerstand, die behaupten, dass die Arbeiter sich für „die Rettung des Landes vor dem Bankrott“ fügen müssten. Der „Patriotismus“ dieser politischen Kräfte hat nur ein Ziel: Den Profit des Kapitals zu erhalten und zu vergrößern auf Kosten der Errungenschaften der Arbeiter, mittels Erhöhung des Renteneintrittsalters, Lohn- und Rentenkürzungen, weiteren Abbaus des Sozialversicherungssystems, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Anhebung der volksfeindlichen Steuern. Zur gleichen

Zeit nahm die überwiegende Mehrheit der mobilisierten Werktätigen an den von der PAME (Militante Arbeiterfront), der Allianz der klassenbewussten Gewerkschaften in Griechenland organisierten Massendemonstrationen teil. Die PAME vereint Branchengewerkschaften, Arbeiterzentren (regionale Gewerkschaftsorganisationen) sowie hunderte Basisgewerkschaften (Betriebsräte). Derart zeigte die Mehrheit der Schaffenden ihre Abneigung gegenüber den kompromittierten Gewerkschaftsdachverbänden GSEE (private Wirtschaft) und ADEDY (öffentlicher Dienst) die – genau wie die PASOK – „Finanzspekulationen“ gegen Griechenland als Hauptproblem des Landes präsentieren. Tatsächlich ist die Spekulation nur ein Ergebnis und ein Aspekt des Verfalls des kapitalistischen Systems und Ausdruck der inner-imperialistischen Widersprüche zwischen Euro und Dollar. Die große Mehrheit der Werktätigen,

die an den Demonstrationen der PAME in 70 Städten teilnahmen, zeigten, dass sie die Linie der allumfassenden Konfrontation mit der bürgerlichen Klasse unterstützen, der von der PAME propagierten Linie, die das Entstehen der Plutokratie für die Krise fordert und gegen die EU als volksfeindliche kapitalistische Union und ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen kämpft, mit dem Ziel den Kampf zum Sturz der Macht des Kapitals zu stärken.

Streikvorbereitungen – Athener Börse blockiert

PAME hat auch diesen Streik auf alle Arten vorbereitet, darunter hunderte von Besuchen in Betrieben, Diskussionen mit den Arbeitern über die Notwendigkeit des Kampfes. Dabei sollte besonders die in Athen vom Sekretariat für Migration der PAME organisierte Versammlung erwähnt werden. Die Versammlung wurde von Migranten aus aller Welt besucht, die in Griechenland leben und arbeiten und an den Aktionen der PAME teilnehmen. Die Kommunisten spielten durch die politische Kampagne der KKE in Betrieben, bei der die wahren Ziele der Regierung enthüllt und die Arbeiter aufgefordert wurden, für die Abwehr dieser Maßnahmen zu kämpfen, eine signifikante Rolle in der Organisation des Streiks. Am Vortag des Streiks betonte die Pressestelle des ZKs der KKE unter anderem: „Die Regierung, die EU und die Plutokratie haben genug geredet. Ob diese barbarischen Maßnahmen durchkommen oder nicht hängt auch von der Haltung und der Praxis der Werktätigen ab. Deswegen ruft die KKE alle Arbeitenden auf, unabhängig davon, welcher Partei sie bei den Wahlen ihre Stimme gegeben habe, mit ihrer Teilnahme am Streik und an den Demonstrationen der PAME eine verantwortungsvolle klassenbewusste und patriotische Haltung einzunehmen. Sie ruft die Schaffenden auf, den Manipulationen und die Einschüchterungsversuche der Unternehmer zu trotzen. Die Kämpfe und Opfer unserer Klasse, Gegenwart und Zukunft der Arbeiterklasse erfordern es, dass die Werktätigen sich erheben und kämpfen und nicht die letzten volksfreundlichen Errungenschaften ausliefern, wie von den Streben nach Profit und Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals gefordert.“ Die KKE hat noch vor dem Streik viele Kundgebungen und Demonstrationen in den Vierteln von Athen und anderer großer Städte des Landes durchgeführt, die Werktätigen zur Erhebung im Kampf auffordernd. Einen wichtigen propagandistischen Einfluss auf den Erfolg des Streiks hatte die Blockade der Athener Börse durch Kräfte der PAME. Um 6:30 morgens am 23. Februar blockierten Aktivisten der PAME die drei Eingänge zur Börse, dem Gebäude, das den Raub des Schweißes der Werktätigen, der Sozialversicherungskassen und allen Reichtums durch eine Handvoll Kapitalisten symbolisiert. Auf dem Spruchband der PAME stand: „Die Plutokratie soll die Krise bezahlen“ während Plakate gezeigt wurden die enthüllten: „Hier ist das Geld: Die Einzahlungen der Unternehmen 2004: 36 Milliarden Euro. 2009: 136 Milliarden Euro. 250 Millionen Werktätige erhalten einen Lohn von 740 Euro. Zur gleichen Zeit befinden sich 700 Milliarden Euro in den Taschen der Großunternehmen. PASOK – ND füllten die Taschen der Banker von 233 Milliarden auf 579 Milliarden Euro auf“. Am Tag des Streiks sorgten vom Morgengrauen an tausende Werktätige und Studierende mit ihrer Teilnahme an den Streikposten der PAME an den Werkstoren und an anderen Arbeitsstätten für die Sicherung des Streiks.

lungen der Unternehmen 2004: 36 Milliarden Euro. 2009: 136 Milliarden Euro. 250 Millionen Werktätige erhalten einen Lohn von 740 Euro. Zur gleichen Zeit befinden sich 700 Milliarden Euro in den Taschen der Großunternehmen. PASOK – ND füllten die Taschen der Banker von 233 Milliarden auf 579 Milliarden Euro auf“. Am Tag des Streiks sorgten vom Morgengrauen an tausende Werktätige und Studierende mit ihrer Teilnahme an den Streikposten der PAME an den Werkstoren und an anderen Arbeitsstätten für die Sicherung des Streiks.

Der Streik und die Streikkundgebung in der Hauptstadt

Tausende Werke und Betriebe, die Baustellen und die Schulen, die Häfen und Flughäfen lagen, die gesamte Produktion des Landes lag durch den Streik still. Die massenhafte Beteiligung am Streik und den Demonstrationen der PAME war eine Antwort, die Regierung und EU zum Schweigen brachte. Sie formte bessere Bedingungen für die Entwicklung eines kraftvollen Gegenangriffs des Volkes, der die barbarischen Maßnahmen abwehren und letztendlich zum Umsturz der volksfeindlichen Politik führen wird. In Athen fand die zentrale Kundgebung der PAME auf dem Omonia Platz im Stadtzentrum statt. Auf der Kundgebung sprach Giannis Tolis, Vorsitzender der Gewerkschaft Papier und Druck, der unter anderem erklärte: „Die Kräfte des Kapitals und ihre politischen Repräsentanten sind sich bewusst, dass sie im gleichen Maß, in dem sie die Arbeitenden erpressen und terrorisieren, versuchen, sie in die Irre zu führen, sie unter Druck setzen, neue Lasten auf sich zu nehmen, auch Wut und Empörung verursachen. Sie fürchten sich vor der Aussicht auf eine allgemeine Erhebung der Schaffenden, deswegen bilden sie alle zusammen eine gemeinsame Front, Regierung, Unternehmer, Opposition, ND-EU und ihre Apparate zusammen mit allen Parteien der EU-Einbahnstrasse. Sie irren sich, wenn sie meinen, dass sie den Willen des Volkes lenken können, wenn dieser in die Kanäle des Klassenkampfes einmündet. Die Geschichte hat gezeigt, dass der Fluss nicht zurück fließt“. Sprecher von Migranten und der Kampffront der Studierenden sprachen Grußworte auf der Kundgebung. An der Kundgebung nahm auch eine Delegation des ZK der KKE, angeführt von der Generalsekretärin des ZKs der Partei, Aleka Pappariga teil, die gegenüber den Medien erklärte: „Die Werktätigen müssen sich von jeder Furcht und jedem Defätismus befreien. Sie müssen den Gegner einschüchtern und vor allem nicht in die Falle der Wahl zwischen der EU und den USA locken lassen, die ihnen von Ministerpräsident Papandreou gestellt wird“. Auf die Kundgebung folgte eine Demonstration tausender Demonstranten vor das griechische Parlament.

Quelle: www.kke.gr

Landesstreik von PAME gegen den volksfeindlichen Angriff

Die KKE richtet einen kämpferischen Gruß an alle Arbeitenden, die trotz des vielfältigen Terrors der Staats-, Regierungs- und Arbeitgeberapparate, trotz der streikbrecherischen Maschinerie der arbeitgeberhörigen Gewerkschaften, sich massenhaft am Streik und den Streikkundgebungen der PAME beteiligten.

Die Teilnahme an dem heutigen Streik und an den massenhaften Streikkundgebungen der PAME zeigt, dass die klassenbewusste Arbeiterbewegung die Kraft und die Fähigkeit besitzt, den volksfeindlichen Sturm der Regierung und des Großkapitals mit der Unterstützung der Parteien ND und LAOS abzuwehren. Sie zeigt, dass diejenigen politischen Richtungen und die Gewerkschaften, die den Konsens und die Unterwürfigkeit propagieren, einen starken Gegner haben, der immer besser Fuß an vielen Arbeitsorten und -branchen fasst. Die Arbeitenden verstehen immer mehr, wie gefährlich die arbeitgeberhörigen Gewerkschaften für ihre Rechte und ihre Kämpfe sind. Der massenhafte Ungehorsam, den ein großer Teil der Arbeitenden

zeigte, öffnet den Weg für einen klassenbewussten Gegenangriff. Zu diesem Weg ruft die KKE die Arbeitenden auf. Der Erfolg des Streiks hat gezeigt, dass wir die Fähigkeit haben, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen für zeitgemäße Rechte der Arbeiterklasse. Damit nicht die Volksmassen für die Krise zahlen, damit wir die volksfeindliche Politik abwehren und umstoßen. Wir kämpfen für die Loslassung der Volksmassen von der Ideologie und den Parteien der Plutokratie und der EU.

Ausschnitte aus dem Grußwort der Generalsekretärin des ZK der KKE Aleka Pappariga an die streikenden Seeleute des Schiffes „Phaistos“.

„Heute wird deutlich, wie wichtig es für die Arbeiterbewegung ist, eine opferbereite Avantgarde zu haben. Und dieses sollen wir nicht verbergen, auch die Aufopferung ist Teil des Kampfes. Sie wird von der Arbeiterklasse benötigt, damit ihre Fähigkeiten zum Vorschein

kommen. Dies ist die Rolle einer Avantgarde. Dass sie dazu beiträgt, dass die Arbeiterklasse zum Protagonisten wird.

Was uns betrifft, wenn wir sagen wir sind die Avantgarde – und wir versuchen es immer zu sein – sagen wir es nicht um Beifall zu bekommen, sondern damit die Vorreiterrolle der Arbeiterklasse und deren Bündnis mit den Volksmassen der Stadt, den Kleinhändlern, den Kleinselbstständigen und den armen Bauern deutlich wird.

Dieser Tag soll für einen Dialog mit den arbeitenden Menschen genutzt werden. Sinnvoll ist der Dialog an den Arbeitsplätzen. Die Spitzendialoge sind ein Betrug, eine Desorientierung, ein Schaden. Aber der Dialog muss intensiviert werden. Alle Arbeitenden, auch jene, die heute nicht gestreikt haben, sollen über den heutigen Tag informiert werden. Weil keiner kann sicher sein, dass, wenn morgen die Fernsehkanäle und die Zeitungen „sprechen“ werden, nicht deren Sicht der Dinge verbreitet wird, statt zu informieren. Und ich bin sicher, sie werden versuchen, das was passiert ist, kaputt zureden oder zu ignorieren. Deswegen müssen wir diesen großartigen Tag überall bekannt machen. Er verpflichtet uns, in Zukunft kämpferischer und entschiedener zu werden.“

**Erklärung der Generalsekretärin des ZK der KKE
Aleka Papariga im Hafen von Piräus.**

Es ist ein doppelter Erfolg heute. Auf der einen Seite steht der Erfolg des Streiks überall, in ganz Griechenland, die große Kundgebung in Athen und in anderen Städten. Auf der anderen Seite gibt es den großen Sieg der Seeleute, der eine ganz besondere Bedeutung hat. Es gab das gerichtliche Verbot für den Streik, der als illegal und unzulässig bezeichnet wurde, und trotzdem hat kein Schiff abgelegt. Dieses wird bis zum Ende des Streiks beibehalten werden. Es handelt sich um einen großen Sieg, der mit den Rechten von Arbeitenden zu tun hat. Es ist ein Sieg der Demokratie der Arbeiter, der Demokratie des Volkes. Wie ihr wisst, hat die Demokratie zwei Seiten: Die eine ist die Demokratie der Regierung, der Arbeitgeber, der Parteien, die die EU-Politik unterstützen, die andere die Demokratie, welche die Interessen der Arbeitenden betrifft. Dieser Tag soll mit Großbuchstaben neben einem anderen Tag geschrieben werden, an welchem die Seeleute einen entsprechenden Beschluss gebrochen haben. Er ist ein wichtiger Tag für die Arbeiterbewegung. Er zeigt, dass man die geringste Erregung haben kann, wenn man nicht entscheidet, ungehorsam zu sein, wenn man das Streikrecht und das Recht, für das Recht des Arbeiters zu kämpfen, respektiert. Wir sind sicher, dass dieser Tag, der 17. Dezember, weitere große Kämpfe hervorrufen wird.

Quelle: www.kke.gr

Es gibt keine Alternative zum Sozialismus

Interview mit Ioannis Eleftheridis über die aktuellen Kämpfe in Griechenland, die kapitalistische Krise und die studentische Bewegung (vollständig unter: <http://www.kjoe.at>)

Griechenland hat in den vergangenen Jahren eine Neuverschuldungsrate von 12,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehäuft. In der Eurozone sind aber nur maximal drei Prozent erlaubt. Jetzt sind auch die Währungshüter der EU beunruhigt. Wie konnte es so weit kommen?

Griechenlands ökonomische Probleme resultieren im Allgemeinen aus seiner Position in der EU und im internationalen kapitalistischen System. In Griechenland waren es vor allem Jahre und Jahrzehnte der unternehmerfreundlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Staatseinnahmen erodieren ließen. Politiker der beiden großen Parteien PASOK und Nea Dimokratia sind sich einig darin, dass das niedrige Lohnniveau und die niedrigen Unternehmenssteuern Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands sind. In den letzten Jahren konnten transnationale Banken und Konzerne in Griechenland unbehelligt von staatlichen Steuerbescheiden Profite von mehreren Hundert Milliarden Euro generieren. Aufgrund der niedrigen Löhne bringt natürlich auch deren Besteuerung nicht viel ein. Nicht Griechenland ist arm: Nur die große Mehrheit der Bevölkerung ist es. Eng damit zusammen hängt die von den herrschenden Parteien verbreitete Ideologie von der „Einbahnstraße Europa“. Zur Europäischen Union und zum Euro, also: zur ökonomischen Unterordnung unter die Kernländer der EU und ihr Kapital, gebe es demnach keine Alternative. Dass die EU als Europa des Kapitals, als imperialistisches und arbeitnehmerfeindliches Projekt, entschleiert wird ist eine zentrale Aufgabe der marxistischen Linken – umso mehr, da Parteien wie die deutsche Linkspartei, die KPÖ oder das Wahlbündnis SYRIZA in Griechenland im linken Gewand dieselbe Pro-EU-Politik betreiben wie die Regierungen. [...]

Was bedeutet die explodierende Staatsverschuldung für die Menschen in Griechenland?

Es gibt zwei mögliche Richtungen: Entweder die Regierungsparteien und Arbeitgeberverbände führen ihre Großoffensive auf den Preis der Arbeitskraft fort und haben Erfolg damit. In diesem Fall würde der Lebensstandard noch weiter sinken und die Arbeitslosigkeit würde weiter steigen. Betroffen wären vor allem junge Menschen, Arbeiter und Angestellte und die Migranten, die in Griechenland ohnehin oft eher wie Vieh als wie Menschen behandelt

werden. Die andere Möglichkeit wäre, dass alle Opfer des Systems an der Seite der Arbeiterbewegung erfolgreich Widerstand gegen die staatliche Krisenbewältigung und Umverteilung von unten nach oben leisten. In diesem Fall müssten alle Beschäftigten sich vereinen und ihren Lebensstandard verteidigen. Die Grundlagen einer solchen Politik im Interesse der Massen sind in den letzten Monaten gelegt worden.

Anfang Februar gingen hunderttausende Griechen zu gemeinsamen Kämpfen aller Arbeitenden auf die Straßen um sich gegen antisoziale Sparmaßnahmen zu wehren. Wie sieht es aktuell bezüglich solcher Kämpfe in Griechenland aus?

Griechenland hat im Vergleich zu anderen EU-Ländern aus der Sicht des Kapitals einen großen Nachteil: Es hat eine starke, konsequente und kampferprobte Kommunistische Partei, die KKE. Anders als etwa die „kommunistischen“ Parteien Frankreichs, Spaniens, Österreichs oder Italiens hat die KKE den Weg der Revolution und des Sozialismus nie verlassen. Der Dachverband der griechischen Gewerkschaften dagegen, die GSEE, dient im Großen und Ganzen den Interessen des Kapitals. Das Besondere in Griechenland ist aber, dass es außer dem PASOK-dominierten Dachverband auch eine sehr starke und schnell erstarkende Opposition gibt: die PAME (übersetzt etwa: Kampffront aller Arbeiter). PAME ist keine rein kommunistische Gewerkschaft, aber eine klassenkämpferische. Viele PAME-Aktivist*innen sind Kommunisten, aber auch viele andere Werk*tätige, die sich die Zumutungen des Kapitalismus nicht gefallen lassen wollen, sind dabei. Strategisches Ziel von sowohl KKE als auch PAME ist die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für ein besseres Leben, das nach Meinung der KKE nur in einer sozialistischen Gesellschaft voll verwirklicht werden kann. Ein Beispiel: Als marxistisch-leninistische Partei ist die KKE natürlich dem Internationalismus verpflichtet. Die empörenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrzahl der Immigrant*innen sind ein Arbeitsschwerpunkt von KKE und PAME. So wird versucht, eine Solidarisierung aller Arbeiter in Griechenland zu erreichen. Die Erfolge in der letzten Zeit sind beachtlich und sollten der revolutionären Linken in ganz Europa zum Bezugspunkt werden. [...]

Was bedeutet das griechische „Verschuldungsproblem“ für die EU insgesamt?

Der griechische Staat hat ein Problem, aber es wird in seinem Ausmaß übertrieben. Die vorherrschenden Darstellungen haben

meistens eher den Charakter von Propaganda als von seriösen Kommentaren. Es gibt Staaten mit einer weitaus höheren Verschuldung als Griechenland. [...] Das momentane Theater hat meines Erachtens zum Ziel, durch einen weiteren Angriff auf die Rechte der Arbeiter die zivilen öffentlichen Staatsausgaben zu kürzen. Griechenland ist dabei ein vermeintlich einfaches Ziel, es wird aber nicht dabei bleiben: Auch andere Länder an der Peripherie der EU könnten bald in den Würgegriff geraten. In den vergangenen Jahrzehnten war die Erpressung durch Staatsschulden immer das Mittel, wie der Internationale Währungsfonds Länder der Dritten Welt zum Abbau von Schutzbarrieren für die eigene Wirtschaft und Bevölkerung gezwungen hat. Als sich Jugoslawien geweigert hat, den Konditionen des IWF (in der zweiten Hälfte der 80er) und denen der EU (in den 90ern unter Milosevic) nachzukommen, wurde es wenig später von der NATO bombardiert – natürlich unter dem Vorwand, einen angeblichen „Völkermord“ zu verhindern, der ja nachweislich zu diesem Zeitpunkt nicht mal ansatzweise stattfand. Bewusste Verzerrungen im Bezug auf die Finanzen eines Staates sind auch nichts Neues: Die allseits geglaubte Lüge vom „Staatsbankrott“ der DDR geistert ja schon seit zwei Jahrzehnten durch die deutsche Medienlandschaft. Damals sollte die Dramatisierung der ökonomischen Schwierigkeiten der DDR dazu dienen, die katastrophalen Auswirkungen der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ mit der BRD zu kaschieren und der DDR in die Schuhe zu schieben. Außerdem konnten so, wie jetzt in Griechenland, massive Einschnitte in die Rechte der Werktätigen durchgeführt werden. [...]

Wie kann man jetzt handeln? Welche Forderungen sind deines Erachtens am wichtigsten um den Zumutungen der kapitalistischen Verwertungslogik zu begegnen?

Man muss natürlich unterscheiden zwischen begrenzten, taktischen Nahzielen und der strategischen Orientierung. Die Strategie darf sich nicht auf das Anvisieren von Reformen beschränken, denn der Grund für Armut, Kriege, Krisen, Rassismus, Umweltverschmutzung und vieles mehr ist die Logik des Kapitalismus selbst:

ein System, das darauf beruht, aus Geld mehr Geld zu machen. Dafür ist die aktuelle Krise nur eine von vielen Bestätigungen. Taktisch kann und muss man meines Erachtens die Rechte und den Lebensstandard der lohnabhängigen Massen verteidigen und ausbauen. Dafür wäre es notwendig, einen Stopp der Umverteilung von unten nach oben zu erzwingen, die Krisenlasten die Banken und Konzerne tragen lassen, statt Abbau des Normalarbeitsverhältnisses und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fordern usw. [...] Dass aber, selbst wenn diese Ziele erreicht werden, nicht alles getan ist und das grundlegende Problem der Kapitalismus selbst ist, darf man dabei nie aus dem Auge verlieren. In den Verlauf dieser Kämpfe die sozialistische Perspektive einzubringen, ist Aufgabe der Kommunisten dabei.

Du bist in der Marxistischen Aktion Tübingen organisiert. Worin siehst du den Zweck der Organisation?

Wenn ich davon spreche, dass die Kommunisten sich in Kämpfe einmischen müssen, stellt sich natürlich die Frage, was zu tun ist, wenn es in einem Land keine organisierte kommunistische Bewegung gibt. Das ist in Deutschland leider mehr oder weniger der Fall. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist politisch marginal, überaltert und neigt immer mehr zu offen sozialdemokratischen Positionen. Alle anderen bundesweiten Organisationen mit marxistischem Anspruch sind noch irrelevanter und machen meines Erachtens schwere praktische Fehler. Die Marxistische Aktion Tübingen ist keine Partei, aber eine Organisation zum Aufbau einer kommunistischen Bewegung vor Ort. Ich bin der Meinung, dass es über kurz oder lang allerdings um die Bildung einer kommunistischen Partei in Deutschland gehen muss. [...]

Ioannis Eleftheridis ist Politikwissenschaftler und Aktivist der Marxistischen Aktion Tübingen

Quelle: <http://www.marxistische-aktion.de>

Erinnerungen an einen Unentbehrlichen,

der viel zu früh von uns ging, an meinen Freund und Genossen Karl-Heinz Reinhardt.

B.Brecht: „Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren Kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen Viele Jahre. Aber Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese Sind unentbehrlich.“

Von solcher Stärke war Karl -Heinz Reinhardt.

Am Morgen des 2.12.2009 waren seine Kräfte aber erschöpft, der Tod setzte einem unermüdlichen Kämpferleben für die Sache des Kommunismus ein Ende. Wenige Tage zuvor saß ich an seinem Krankenbett. Obwohl er vom nahen Tod gekennzeichnet war, konnten wir miteinander sprechen. Er gab mir ein letztes mal zu verstehen, dass er nichts bereute und vom kommenden Sieg der Sache, für die er lebte überzeugt war. Karl-Heinz hatte mit bewundernswerter Geduld ertragen. Er sagte stets „so lange wie mein Kopf noch klar ist wird mein Herz stark sein für den Kampf.“ So hat er uns allen die Erkenntnis vermittelt dass man den Wert eines Menschen vor allem daran messen kann wie er Belastungen zu meistern versteht.

Ich will sein Leben nicht heroisieren, das ist nicht unsere Art. Ich will auch nicht, dass wir ihn als fehlerfreien, strahlenden Helden in Erinnerung behalten. Das war er nicht, das wollte er nicht sein. Er hat sie durchlebt die Zeit der Niederlage in einer Konterrevolution, durch die die DDR anektiert und die Sowjetunion zerschlagen wurde und die kommunistische Bewegung am Boden lag. Er erlebte das Triumphgeheul des Klassenfeindes und seine Kriminalisierungshetze, der er als ehemaliger Tschekist und seine Genossen besonders ausgesetzt waren. Er kannte auch die damit

verbundenen Gefühle der Entmutigung und Resignation. Am meisten erschütterte ihn das so viele der vermeintlichen Mitstreiter sich als Karrieristen entpuppten, zum Gegner überliefen und skrupellos dessen Handwerk versahen. Die bohrende Frage „wie konnte geschehen?“, „welche Ursachen führten zu dieser Katastrophe?“ hat ihn bis zuletzt immer wieder beschäftigt. An einem aber hat er nicht gezweifelt, daran, dass er auf der richtigen Seite gekämpft hatte. Durch die Zusammenarbeit mit solchen hervorragenden Genossen wie Kurt Gossweiler gewann er Klarheit über viele seiner Fragen. Auf dieser Basis festigte sich sein revolutionäres Selbstbewusstsein. Der Kriminalisierungshetze trat er mutig entgegen er war ein Gründungsmitglied der ISOR in Leipzig widmete sich der Betreuung der Genossen und hielt bis zuletzt Kontakt zu seinen ehemaligen sowjetischen Kampfgefährten.

Er war ein einfacher Mensch, ein Arbeitersohn, stark im Charakter, einfach und bescheiden in seinen Ansprüchen. Gerade das machte ihn geeignet in der DDR in verantwortlichen Funktionen zu wirken. Die DDR, der „Arbeiter-und Bauernstaat“ das war für ihn kein Schlagwort. Für ihn war und blieb sie die größte historische Erungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Sein ganzes politisch bewusstes Leben stand er in ihrem Dienst. Als Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit und später als leitender Funktionär für Sicherheit im Apparat seiner Partei, der SED. Auf der Suche nach seinem Platz im revolutionären Kampf in einer nichtrevolutionären Phase der Geschichte, für eine Strategie die eine, über das kapitalistische System hinausführende sozialistische Perspektive ansteuert, zog er Schlussfolgerungen für seine politische Organisiertheit. Er trat 1997 aus der PDS aus. „Das war nicht mehr meine Partei“ sagte er. 1998 wurde er Mitglied der DKP und gründete gemeinsam mit anderen Genossen

am 25.2.1998 die DKP-Leipzig deren Vorsitzender er bis 2006 war. Er war ein kritisches Mitglied, suchte immer den Kontakt zu den Genossen in Berlin und Sachsen-Anhalt und zu DKP-Mitgliedern die ähnliche, kritische Positionen einnahmen. Das machte ihn nicht beliebt beim Vorstand in Essen, der den Vorschlag der Leipziger Organisation, der von allen DKP-Mitgliedern Sachsens unterstützt wurde, ihn auf dem 17. Parteitag in den Vorstand zu wählen, zu Fall brachte. Es war also voraus zu sehen, dass ihm kein Vertreter des Vorstands an seinem Grab die letzte Ehre erwies. Er stellte sich seine Partei in manchen Fragen anders vor, wollte aber in der Partei für Veränderungen wirken. Es war darum folgerichtig, dass er zu den ersten Befürwortern der „Kommunistischen Initiative“ gehörte. Den Unvereinbarkeits-Beschluß des Parteivorstandes lehnte er ab, genauso wie er nicht verstand, dass Genossen, mit denen er zusammengearbeitet hatte und die immer von der Einheit der Kommunisten redeten, diese Initiative ohne sachliche Begründung engstirnig ablehnten und als „Spalter-Aktion“ difamierten. Mutig und entschlossen trat er neofaschistischen, braunen Ungeist in Leipzig und Antikommunismus entgegen. Auf einer Konferenz für Aktionseinheit hob er hervor in diesem Kampf brauchen wir die Jugend. Er schlug vor den 8. Mai, den Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus bundesweit zum Aktionstag gegen Neofaschismus und Krieg zu erklären. Die Kraft für den Kampf gab ihm immer wieder seine Ehefrau Erika, davon habe ich mich immer wieder überzeugen können. Die feste Gemeinsamkeit und ihre Liebe zueinander wurzelten in der Lebensauffassung beider und in langer gemeinsamer

Arbeit. Eine starke Basis für ein sinnvolles Leben. Wenn ich mich an die vielen Gespräche mit ihm, an seine Reden und Artikel erinnere dann kristallisiert sich ein Vermächtnis heraus in seinem Geist für folgende Ziele weiter zu wirken – die DDR, ihre historische Rolle und Leistungen standhaft und kämpferisch gegen den BRD-Geschichtsrevisionismus und Kriminalisierungs-Kampagnen zu verteidigen, eingeschlossen bei der weiteren Analyse ihrer Niederlage ihre Versäumnisse, Defizite und zum Teil schwerwiegende Fehler einzuschließen. Das Gefasel von der „friedlichen Revolution“ hat er als historisch unhaltbar entlarvt. Er kannte deren Charakter als Konterrevolution. Er hatte sie unmittelbar erlebt und dazu einen Artikel hinterlassen den ich als Beigabe anfüge.

- in breiter Aktionseinheit auch in Zukunft den Kampf gegen alle Erscheinungen des Neofaschismus zu führen.

Die Jugend in alle Kämpfe einzubeziehen muß ein vorrangiges Ziel sein.

- Die Diskussion zur Frage des Parteiverständnisses in seinem Sinne weiterzuführen. Sein Parteiverständnis war das von einer marxistisch-leninistischen Partei wie es von Lenin ausgearbeitet wurde.

Ich denke ein Mensch wie Karl-Heinz Reinhard, ein solcher Kommunist wird nicht vergessen werden sondern in unserer Erinnerung, in unseren Kämpfen weiterleben. Es ist unsere Verantwortung sein Vermächtnis weiter zu tragen und zu erfüllen.

Dieter Itzerott

Quelle: *offen-siv*, Heft 1/2010

Bereiten wir gemeinsam die 2. Perspektivkonferenz vor!

In den vergangenen Wochen wurde in den KI-Gruppen viel diskutiert, aber auch einzelne Unterstützer der „Kommunistischen Initiative“ haben sich zu Wort gemeldet. Die Umsetzung der Beschlüsse der 1. Perspektivkonferenz wurde von allen Seiten beleuchtet. Dies geschah vor dem Hintergrund einer Entwicklungsdynamik der zersplitterten kommunistischen Bewegung in der BRD. Diese Zersplitterung hat gerade in den letzten Monaten an Geschwindigkeit zugenommen und ist deshalb zu einer besonderen Herausforderung der KI geworden, die sich ja zum Ziel gesetzt hat, die Kommunisten in der BRD auf klaren marxistisch-leninistischen Positionen zu sammeln und zu einen. Die imperialistische Barbarei, ob in rasantem Sozialabbau oder in Auslandseinsätzen täglich dokumentiert, überschreitet bisher nicht Bekanntes. Gleichzeitig hält die Agonie der kommunistischen Bewegung in der BRD, dominiert von rechtsopportunistischen und revisionistischen Positionen, an und vertieft sich (als ein Beispiel hierfür seien die sich verschärfenden Debatten in der DKP um den Kurs der Partei genannt). In Griechenland wird jedoch bewiesen, welche kämpferische Rolle eine kommunistische Partei, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, im Klassenkampf spielen kann.

Es ist also für die KI an der Zeit, nicht nur Zwischenbilanz über

ihre bisherige Entwicklung zu ziehen, sondern gleichzeitig die gewachsenen Herausforderungen anzunehmen, um die Organisation politisch und organisatorisch weiterzuentwickeln. Deshalb haben die Gruppen der KI wie auch deren Organisationskomitee beschlossen, für das zweite Wochenende im September die 2. Perspektivkonferenz einzuberufen. Sie soll eine Arbeitskonferenz werden, während der in Arbeitsgruppen und im Plenum die Entwicklung der KI auf eine neue Stufe gehoben werden soll. Zu diskutieren werden folgende thematische Schwerpunkte sein: das Manifest der KI, seine Erarbeitung sowie die Strategie seiner umfassenden politischen wie ideologischen Diskussion über die KI hinaus; die organisationspolitische Entwicklung der KI; der Zustand der kommunistischen Bewegung in der BRD und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die KI; Fragen des aktiven und organisatorischen Eingreifens der KI in die Klassenkämpfe sowie weitere Aspekte der Entwicklung der KI.

Die 2. Perspektivkonferenz wird so gut und perspektivisch werden, wie wir sie GEMEINSAM vorbereiten. Deshalb ist jeder eingeladen, sich aktiv mit Ideen, eigenen Beiträgen oder Positionierungen einzuschalten. Wir erwarten daher mit Spannung Eure Rückläufe an: kontakt@kommunistische-initiative.de

Die Redaktion

Aus den Regionen

KI Rhein-Main macht nächsten Schritt

Beim zweiten Treffen der KI Rhein-Main (Ende Januar 2010) haben sich neue Perspektiven für die Region ergeben. Wichtigstes Ergebnis des Treffens war, in die Offensive zu gehen und die Debatte um kommunistische Inhalte und Ziele zu eröffnen. Der Ansatz und die Herangehensweise der KI sollen in der Region bekannter gemacht werden, andere Genossen, ob organisiert oder unorganisiert zur Diskussion um die politische Situation in Deutschland und der Rolle der Kommunisten darin eingeladen werden. Eine isolierte Nischenexistenz soll von Anfang an ver-

mieden werden, deshalb heißt es: Immer raus mit der KI und den Inhalten und Zielen.

Nachdem der Genosse Michael Opperskalski einen gut strukturierten Überblick über die Entwicklung der kommunistischen Bewegung Deutschlands und ihrer momentanen Verfasstheit verschafft hatte, wurden die nächsten Schritte erörtert.

1. Die KI-Rhein-Main-Region erstreckt sich von Würzburg bis ins Saarland und von Mittelhessen bis nach Mannheim. Für das

nächste Treffen sollen Orte für Offensiv-Leserkonferenzen bestimmt werden, um den Kreis der Interessierten und potentiellen Unterstützer zu erweitern und bisher verstreute Genossen zusammenzubringen.

2. Bis Ende des Jahres soll ein Manifest der KI erstellt werden. Dazu sollen auch in Rhein-Main Inhalte erarbeitet und zur Diskussion gestellt werden. Von Anfang an soll der Basis-Charakter des Manifests deutlich werden. Verschiedene Einzelpersonen werden angesprochen, um Inhalte beizusteuern. Auf den Treffen der KI sollen die Inhalte des Manifests diskutiert werden. Bis zum nächsten Treffen soll der aktuelle Stand der Manifest-Diskussion zusammengefasst werden, um die weiteren Schritte der inhaltlichen Arbeit zu planen.

3. Eine kontroverse Veranstaltung mit verschiedenen Podiumsteilnehmern wird geplant, um eine lebhaftige Debatte über die Ziele von Kommunisten und die notwendigen Positionen eines Manifests für heute zu entfachen.

4. Um erfolgreich mit der KI rauszugehen und sich nicht nur an Kommunisten zu wenden, werden verschiedene Materialien für verschiedene Zielgruppen benötigt. Die KI Rhein-Main wird Vorschläge dazu erarbeiten.

5. Es wird angeregt, den Protokollband der KI auf die Website zu stellen, da er interessant und aufschlussreich ist und den Prozess der KI transparent macht.

6. Einige Genossen aus Rhein-Main werden am 13.03. nach Dresden fahren, um klar und deutlich zu machen: No pasaran! Auch nicht mit staatsanwaltlicher Hilfe!

Die Kommunistische Initiative in Berlin organisiert sich

Am 5. Februar 2010 trafen sich Berliner Unterstützerinnen und Unterstützer der Kommunistischen Initiative in Berlin, um über die Fortentwicklung der Organisation ihrer Gruppe zu beraten und konkrete Schritte zur Berliner Verbandsgründung der KI einzuleiten.

Zu den Anwesenden gehörten sowohl parteilose Kommunisten wie auch Genossen, die gegenwärtig der Linkspartei, der DKP oder der KPD(B) angehören. Sie alle vertraten gemeinsam und in völliger Einigkeit das Ziel, die Berliner KI auf eine höhere Organisationsebene zu führen und die zügige, offizielle Gründung eines Berliner Verbandes vorzunehmen.

Dazu wurden zunächst zwei Gruppen gebildet, die sich zum einen mit der erforderlichen organisatorischen Arbeit und zum anderen mit der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit befassen und dazu wurden zugleich Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Termine festgelegt. [...]

Die Berliner KI ist damit dabei, die gegenwärtigen vorläufigen Strukturen in eine feste Form zu überführen und wird letztlich mit der Wahl der Führungs- und Arbeitsgremien diesen Prozess abschließen. Schon Ende Februar werden die Unterstützer der KI in Berlin bei einem weiteren Treffen den Stand der Entwicklung prüfen und die nächsten Aufgaben festlegen. [...]

Mit der weiteren Organisation der KI in Berlin wird diese künftig regelmäßig offen und öffentlich in der politischen Arbeit als Berliner KI auftreten. Bereits beim Treffen am 5. Februar wurden dazu erste Vorschläge unterbreitet. Bei den Protesten in Ziegenhals gegen den geplanten Abriss der Ernst Thälmann Gedenkstätte, bei der Demonstration am 13. Februar in Dresden gegen den Aufmarsch der Faschisten oder zu Veranstaltungen anlässlich des 1. und 8. Mai usw. – die Berliner KI wird dabei sein und Flagge zeigen. [...]

Nur im Miteinander stärken wir die KI

In einem kleinen, aber dafür interessierten Kreis mit Lesern der Zeitschrift „offen-siv“ trafen sich am 06. Februar auch KI-Unterstützer aus Sachsen und Thüringen.

Lesertreffen dienen eigentlich dazu, sich über vergangenes auszutauschen und die Marschrichtung für die Zukunft gemeinsam festzulegen – das war auch in Gera so.

Und es wurde mehr daraus.

Frank Flegel als Vertreter der „offen-siv“ Redaktion fand mit seiner unkomplizierten aber prinzipienfesten Art genau den richtigen Ton um den Anwesenden mit klaren Worten die kompromißlose Richtung von „offen-siv“ aufzuzeigen – kompromisslos gegenüber allen Spielarten des modernen Revisionismus. Das dazu die Klarheit in den Köpfen zu grundlegenden Fragen der kommunistischen Bewegung vor der Einheit steht – dazu trägt auch „offen-siv“ bei, gerade auch mit dem Fernstudium nicht nur für junge Menschen.

Aus dem Kreis der Anwesenden nahmen auch drei an diesem Fernstudium in der Vergangenheit teil und konnten ausführlichen über Anforderungen und Inhalte informieren.

Zu zwei grundsätzlichen Problemfeldern diskutierten die Teilnehmer des Lesertreffens mit Dr. Klaus Hesse, der mit ausführlichen, klaren und faktenreichen Argumenten dazu den Stein zum rollen brachte: Zum Verständnis von Marx' „Kapital“ und die Kritik der politischen Ökonomie heute und zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU und der Notwendigkeit sich mit dieser zu beschäftigen um Fragen und Argumente der Gegenwart besser zu verstehen. Zwei Problemfelder, die nur angerissen wurden um die Komplexität und Notwendigkeit des zu erarbeitenden Wissens zu verdeutlichen, welches notwendig ist, um die Einheit der kommunistischen Bewegung zu vollziehen.

Die Teilnehmer des Treffens waren sich einig, diesen Diskussionsprozess weiter zu vollziehen und dazu entsprechende offene „Lesezirkel“ zu bilden an denen Marxisten/Leninisten teilnehmen werden.

In der Diskussion wurde mehrfach betont, daß die Stärkung der KI nur durch die Organisation von eigenen Veranstaltungen zu unterschiedlichen politischen Problemen und klaren Positionen zu aktuellen Tagesereignissen geschehen kann.

Die wichtigste Ausstrahlung der KI liegt im Auftreten der Unterstützer in den Parteien und Gruppierungen, in denen sie organisiert sind.

Weiteres konkretes Handeln der KI wird auf der Zusammenkunft am 13. März 2010 beraten.

D. Krüger

Nachlese – KI Cottbus

Stellt Euch vor, es ist Krieg und keiner geht hin – so oder ähnlich muss wohl die Philosophie Cottbuser Verantwortlicher für den 15. Februar ausgesehen haben.

Der Tag, an dem vor 65 Jahren angloamerikanische Flugzeuge Cottbus bombardierten, war für diese Stadt wieder einmal Gedenktag, Trauertag und Mahnung. Es gab Veranstaltungen von Kirche, Gewerkschaft und Stadtführung. Erschreckenderweise wurde Neonazis unmittelbar nach Dresden ein „Gedenkmarsch“ durch Cottbus genehmigt. Unter maßgeblicher Teilnahme der KI Cottbus (mit zwei Redebeiträgen) wurde gemeinsam mit der örtlichen ANTIFA eine Gegenkundgebung organisiert – natürlich von offizieller Cottbuser Seite nicht publik gemacht. Im Gegenteil: Im Cottbuser Fernseh-Kanal „Lausitz-TV“ wird NUR vom Nazi-Marsch berichtet, somit Werbung für die Faschisten gemacht – als ob es verbrieftes Recht für Rassismus und Expansionismus gibt, öffentliche Straßen und Plätze zu missbrauchen, um ihre Demagogie zu verbreiten. Dagegen wurde ein umgekippter Altpapier-Container gezeigt, der linken Gegendemonstranten angerechnet wurde als den „Chaoten“ (die Aufnahme ist mutmaßlich gefälscht, weil veraltet).

Leider kam es im Anschluss an die schließlich mit etlichen hundert Teilnehmern den Nazis zumindest vergleichbar starke Gegenkundgebung zu keinem erfolgreichen Blockadekonzept. Noch immer geisterten verschiedene, ungenügend abgestimmte Konzepte durch die Antifaschisten. Dies wird ausgewertet. Die Nazis führten ihre perverse „Gedenkveranstaltung“ zur Schande dieser Stadt etwa eine halbe Stunde nahezu ungestört (bis auf lautstarken akustischen Protest) durch.

Am Ende des Fernseh-Bildberichtes sagt übrigens der Moderator: „Hoffen wir, dass das auch in Zukunft so bleibt!“

Es wird jeden „Normal-Cottbuser“ abschrecken, gegen Nazis auf die Straße zu gehen, solange solche Darstellungen erfolgen.

Die faschistische Pest von Gewaltkult, Führerschwachsinn, Hasswahn und totalstem Chauvinismus im Sinne des Großkapitals war 40 Jahre – von 1949 bis 1989 – in Cottbus nicht denkbar, da ausgerottet. Die Bedingungen, unter denen so etwas entstehen und sich halten kann, sind erst seit dem Anschluss der DDR an bundesdeutsches Gelände und Recht wieder da.

Parallel gab es übrigens eine Alibi-Schaffe der Stadtorberer: Ein Konzert im Bahnhofsgelände unter Leitung und Aufführung des Staatstheaters Cottbus. Es wurde von etwa 1 000 Menschen besucht. Bei dieser Gelegenheit trat die KI Cottbus gemeinsam mit der Roten Hilfe, dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Cottbus (ABC), der DKP und der Antifa auf: es wurden Falblätter verteilt, welche zur dargebotenen Aufführung historische Erläuterungen enthielten. Auf der Rückseite werden die Ursachen von Krieg und NS-Regime für die Cottbuser Bombardierung klar benannt, auf einen Nazi-Kasernen-Namen (eines Massenmörders) und auf Antifa-Aktionen hingewiesen.

In Dresden wurde am 13. Februar die Straße nicht den Nazis überlassen!

Cottbus muss noch lernen – und hat damit begonnen.

Frankie / KI Cottbus

Die KI stellte sich in Dresden vor

Am 27.02.2010 fand in Dresden eine Diskussionsveranstaltung der KI-Regionalgruppe Südost/Sachsen statt. Veranstaltungsort war das „Haus der Begegnung“ in Dresden, ein Objekt der Partei DIE LINKE, zu der wir bei allen ideologischen Differenzen ein recht gutes Verhältnis im Sinne einer Bündnispolitik haben. Wir hatten das politische Thema „Kann die BRD die Krise überwinden?“ gewählt und mit einer Informationsveranstaltung „Die Kommunistische Initiative stellt sich vor“ verknüpft. Inklusiv uns kamen 21 Personen aus ganz unterschiedlichen Organisationen wie auch nichtorganisierte Kommunisten und andere Interessierte – darunter sogar ein polnischer Genosse, Mitglied der dortigen kommunistischen Partei.

Der erste Teil der Veranstaltung wurde eher unkonventionell gestaltet, nämlich mit politischen Liedern umrahmt und in Dialogform in zwei Beiträgen dargeboten. Ohnehin war bei dem Publikum kaum zu erwarten, daß Jemand an eine Krisenüberwindung durch die BRD GLAUBT. Auch in der Diskussion und nachfolgenden Gesprächen wurde deutlich, daß sich die Anwesenden bewußt sind, daß dies die schwerste Weltwirtschaftskrise aller Zeiten wird, von der wir derzeit erst den eher harmlosen Anfang erleben.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Bedingungen, Ziele und bisherigen Schritte bei der Gründung, Strukturierung und Arbeitsaufnahme der KI dargestellt. Der Schwerpunkt war dabei die Entkräftung der häufigsten Lügen und Irrtümer über die KI, genauer gesagt die Vorwürfe der Spaltung kommunistischer Kräfte, des Versuchs der Abwerbung aus bestehenden Organisationen und der Konkurrenz zu bestehenden Aktionsbündnissen.

Die Diskussion bestätigte die richtige Schwerpunktsetzung und Gestaltung. Zum Thema Krise kam nur ein Beitrag, in welchem ein erfahrener Genosse schilderte, wie die früheren Weltwirtschaftskrisen in den imperialistischen Staaten unter verschiedenen Bedingungen auf unterschiedliche Weise „gelöst“ wurden – allerdings ohne Hinweis, wie sich diese Staaten dabei veränderten.

Erwartungsgemäß und zielgerecht drehte sich die Diskussion um die KI. Dabei wurde vor Allem Eines deutlich: daß einige Teilnehmer ihre vorurteilsbehafteten Beiträge wie ihr Bild über die KI längst fertig hatten und Koreferate abgeben wollten. So wurde minutengenau (85 Minuten) konstatiert, wie lange wir KI-Unterstützer unser vorgesehene Programm durchzogen und wurden die bereits erwähnten Lügen und Irrtümer über die KI – trotz der erfolgten Klarstellung – wiederholt. Hinzu kamen Hinweise, wie eine Kommunistische Initiative in Deutschland gestaltet werden

müßte – als ob sie nicht bereits existierte und / oder diese Genossen sich aktiv an ihrer Strukturierung und Arbeit beteiligten. Insbesondere wurde klar, daß die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Aktionseinheit (aller antiimperialistischen Kräfte) und Vereinigung (der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage) nicht verstanden sind.

Die nach offiziellem Ende der Veranstaltung stattfindenden persönlichen Gespräche waren da wesentlich zielführender. Über die KI existieren nach wie vor alle möglichen – vor Allem negative und irreführende – Informationen. Wer wohl kann denen begegnen?

Genossen, machen wir uns auf den Weg zu einem Manifest!

Bericht vom KI-Rhein-Main-Treffen am 28.02.10

Wir hatten uns bei unserem letzten Treffen vorgenommen, die Manifest-Diskussion in unserer Regionalgruppe zu führen. Damit fingen wir an. Es gab eine lebendige Diskussion über Form und Inhalt eines Manifests. Wir diskutierten darüber, ob und inwiefern das Kommunistische Manifest (1848) uns als Vorbild dient. Wir beschäftigten uns auch mit der Frage, wie wir uns die Entstehung eines Manifests vorstellen: Sollen einige Genossen bestehende Texte zusammenfassen und vorlegen, soll es ein Input-Papier geben, das dann in den Regionalgruppen und auf den Perspektivkonferenzen diskutiert wird, müssen inhaltliche Arbeitsgruppen gebildet werden? Wir tauschten uns auch über den Stellenwert einzelner Themenbereiche aus – was bedeutet z.B. die Analyse des Imperialismus heute?

Im Gesprächsverlauf ergab sich eine Differenzierung zwischen einem Manifest und einem Aufruf, den wir uns als Grundlagenpapier der KI vorstellen, womit wir werben können. In diesem Aufruf sollten unsere nicht verrückbaren Grundpositionen deutlich formuliert sein. Außerdem sollte das Papier dazu aufrufen auf der Basis dieser Positionen ein Manifest für Deutschland zu diskutieren und zu schaffen. Das Manifest können wir uns als Ergebnis der kollektiven Auseinandersetzung innerhalb der KI vorstellen. Diese Auseinandersetzung kann Jahre dauern und sollte zugleich ein Bildungsprozess für uns alle sein – sowohl im organisatorischen Sinne, als auch im Bewusstsein.

Wir haben deshalb folgende Beschlüsse gefasst:

1. Bis zum nächsten Treffen erarbeiten wir einen Vorschlag für einen Aufruf mit den Grundpositionen und der Aufforderung am Manifest mit zu arbeiten.
2. Das Manifest soll eine Analyse der herrschenden Zustände, eine Reflexion der Geschichte der kommunistischen Bewegung sowie eine Feststellung der Aufgaben von Kommunisten Heute beinhalten. Es soll ein Prozess der Diskussion und Beteiligung vieler Genossen, „Experten“ und Arbeitsgruppen sein.
3. Wir finden es gut, wenn im September eine Perspektivkonferenz stattfinden würde, die inhaltlich ausgerichtet ist und den Manifest-Prozess auf eine gemeinsame Basis stellt und vorantreibt. Zudem wurde die recht große Region Rhein-Main differenziert und Gebiete festgelegt, in denen Offensiv-Leserkonferenzen stattfinden sollen und zukünftig KI-Gruppen entstehen sollen.

Treffen der Regionalgruppe Berlin am 28. Februar 2010

Am 28.2.2010 fand das regelmäßige Treffen der KI-Unterstützer in Berlin im Gebäude des „Neuen Deutschland“ statt. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem folgende Themen: Das Zuweisen von organisatorischen Verantwortlichkeiten, die politischen Demonstrationen der letzten Wochen, die weitere Entwicklung der Kommunistischen Initiative und die bisher aufgetretenen Stärken und Schwächen sowie einige in Berlin in nächster Zeit stattfindende Veranstaltungen. Ein Genosse begann das Treffen mit einem ausführlichen Bericht über die drei zentralen politischen Demonstrationen der letzten Wochen. Es handelte sich konkret um die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz in München, die Blockade des Naziaufmarsches in Dresden und die Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg in Berlin. Dabei wurde unter anderem auf die Zusammensetzung der Protestierenden, die Erfolge der jeweiligen Aktionen und die daraus zu ziehenden politischen

Schlüsse eingegangen. Anhand des Referats entzündete sich eine lebhaft Diskussions über die positiven und negativen Einflüsse des Pazifismus auf die Friedensbewegung und über Fragen der Bündnispolitik.

Neben dem Behandeln der politischen Fragen, verlangte die Tagesordnung es einigen Genossen für die nächste Zeit konkrete organisatorische Aufgaben zuzuweisen, um die anstehenden Aufgaben möglichst ohne Komplikationen bewältigen zu können.

Anschließend wurde, neben Absprachen drüber welche interessanten Veranstaltungen es in Berlin demnächst zu besuchen gilt, vor allem über die bisherige und zukünftige Entwicklung der Kommunistischen Initiative insgesamt gesprochen. Die Diskus-

sion kam zu dem Ergebnis, dass die geplanten Aktivitäten, wie Bildung von Gruppen in anderen Regionen, die Arbeit der Manifest-Gruppe, die Arbeit am Informationsbulletin, usw. zwar bisher alle zufriedenstellend verlaufen, aber es wurde kritisiert, dass vor allem die Genossen die nicht direkt in die Arbeiten eingebunden sind, nicht oder nur wenig über die Fortschritte und über den aktuellen Stand informiert sind.

Unter anderem in Zusammenhang damit wurde besprochen, ob es nicht sinnvoll wäre noch dieses Jahr eine zweite allgemeine Konferenz der KI ins Auge zu fassen um eine Bilanz des bisher Erreichten zu ziehen und manche Abläufe zu verbessern.

Größte europäische Nazidemo erfolgreich blockiert!

Wie in den vergangenen Jahren war heute, am 13.02.2010, in Dresden die größte europäische Nazidemo geplant. Und zwar ausgerechnet 65 Jahre nach dem Tag, an dem diese Stadt in einem Flammenmeer versank und etwa 35 000 Menschen in Bombenhagel und Feuersturm den Tod fanden. Natürlich ist dies auch ein Tag der Trauer und des Gedenkens – aber in erster Linie des Gedenkens an die Folgen der faschistischen Diktatur und des Kriegsbrandes, welchen die damaligen Nazis in die Welt schleuderten und der auf Dresden zurückfiel. Ausgerechnet die geistigen Nachfolger trommeln nun schon seit Jahren europaweit ihre Gesinnungsgenossen zu einem heuchlerischen „Trauermarsch“ zusammen, womit sie jedesmal die Opfer ein weiteres Mal verhöhnen.

Die Repressionsmaßnahmen des Staates gegen Nichtnazis im Vorfeld, darunter Razzien in mehreren Städten inklusive Beschlagnahme von Mobilisierungsmaterial und Computern, sowie die politische Zensur der Internetseite www.dresden-nazifrei.de, für die sich hinterher Staatsanwaltschaft und LKA den Schwarzen Peter zuzuschreiben versuchten und keiner mehr der Zensor gewesen sein wollte, brachten die Mobilisierung erst so richtig in Schwung. Die Ersatzinternetadresse www.dresden-nazifrei.com war ebenso schnell wieder online, wie neues und viel mehr Informationsmaterial gedruckt war.

Und noch etwas Wichtiges wurde durch die allzu offensichtliche staatliche Förderung des Naziaufmarsches erreicht: Der Aufruf zum Widerstand ging weit über das hinaus, was die Medien des Naziwohlfühlstaates gern als „linksextrêmes Spektrum“ oder „linke Randalierer“ diffamieren und erfaßte selbst aktive Mobilisierer bis weit in das bürgerliche Spektrum hinein. Dennoch versuchte der RECHTStaat bis zuletzt, den Nazis ihren heuchlerischen Aufmarsch doch noch zu ermöglichen. Da die Nazidemo zwischen 12 und 17 Uhr in der Dresdner Neustadt stattfinden sollte, sperrte die Polizei schon am frühen Morgen sämtliche Elbbrücken in diese Richtung, durchkämmte Straßenbahnen und Busse und wies Alle zurück, von denen sie behauptete, „verdächtige Personen“ zu sein. Vermutlich verdächtig, keine Nazis zu sein. Das wurde bis zum Ende der Nazikundgebung so durchgezogen.

Vermutlich durch einen Abstimmungsfehler der Einsatzleitung gelang uns dennoch, zu den Blockadeorten durchzukommen, genauer gesagt zum größten davon, am Platz der Einheit (derzeit „Albertplatz“). Allein an diesem Punkt waren wir zeitweise bis zu 5000, insgesamt in Dresden vielleicht 15000 bis 20000 Antifaschisten verschiedener Couleur – gegenüber insgesamt 5000 Nazis und 8000 Polizisten. Die Blockaden waren hervorragend organisiert. Über Mobiltelefon-Newsticker, Infotelefone und vor Allem auch der freie Sender coloRadio ermöglichten die Abstimmung über den Stand der Naziblockaden. Die Stimmung war prächtig, u.a. mit Auftritten von Konstantin Wecker, dem Jenaer Oberbürgermeister und Anderen.

Der Polizei können die Nazis wirklich nicht den geringsten Vorwurf machen. Bis zuletzt versuchte sie, den Nazis wenigstens eine Ersatzroute freizuprägeln. Trotz der Temperaturen unter Null fuhr

sie zur Einschüchterung Wasserwerfer und Räumpanzer auf. Sie versuchte nochmals, die Nichtnazis zu kriminalisieren, indem sie uns den Status der Versammlung aberkannte und als „Ansammlung“ diffamierte. Worauf wir uns per Abstimmung nicht ganz einigen konnten, ob wir lieber „Auflauf“, „Mob“ oder „Volksfest“ genannt werden wollen. Die verständlicherweise schlecht gelaunten Nazis machten schon auf der behinderten Anreise Jagd auf Nichtnazis und überfielen das Alternative Zentrum Conni, wobei es zu mehreren Verletzten kam. Über einen Nazi-Newsticker kündigten sie auch coloRadio ihren „Besuch“ an.

Die letzte Stunde vor offiziellem Nazidemoende gestaltete sich besonders spannend. Gegen 16:15 Uhr wurde bekannt, daß nun doch ein Nazimarsch auf einer Ausweichroute stattfinden soll. 16:27 Uhr erfolgte dann eine Polizeidurchsage, daß die Sicherheit nicht gewährleistet werden kann und der Aufzug ausfallen muß. Worauf kurz darauf jemand auf coloRadio völlig außer sich ins Mikro rief „Stalingrad! Stalingrad!“. Nun befinden sich die Nazis nach einem erfolglosen Tag auf der Heimreise – oder streunen frustriert und aggressionsgeladen durchs Stadtgebiet. Wir können nur hoffen, daß es nach dem vorläufigen Abschluß meines Berichts nicht noch zu Übergriffen und durch Nazis Verletzten kommt.

Die breite antifaschistische Mobilisierung hat gezeigt, wozu breite Bündnisse gegen die reaktionäre Politik des Staates einschließlich seiner Förderung und des Schutzes der Nazis fähig sind. Den Nazis blieb nach vielen Jahren die Altstadt versperrt (nachdem sie ihnen noch vor einem Jahr durch die Polizei reserviert war), sie waren mit etwa 5000 weniger als die 6000 im Vorjahr und deutlich weniger als die geplanten 8000. Und sie hatten statt ihres heuchlerischen „Trauermarsches“ nur eine mehrstündige Stehveranstaltung in der Kälte.

Alles in Allem ein sehr erfreulicher und zukunftsweisender Verlauf – genauer gesagt in der Stadt, welche von den Nazis zur Versammlungshochburg erkoren wurde, ein beeindruckender Sieg. Aber denkt daran: nur in einer Schlacht. Die Nazis und der sie fördernde Staat werden selbstverständlich auch aus den heutigen Erfahrungen lernen. Im nächsten Jahr geht die Auseinandersetzung in die nächste Runde und nur weiter verstärkte Aktivitäten werden die Bemühungen der Nazis und des Staates, den unsäglichen Aufmarsch durchzusetzen, vereiteln. Am Besten, alle heutigen Teilnehmer bleiben schon mal in Kontakt und nehmen Kontakt zu Weiteren auf, die auch keine Naziaufmärsche mögen.

T.R.

PS: Ach ja, „ne Menschenkette in der Dresdner Altstadt mit Kerzen und nichtstuerischen Reden und so gab's auch noch, zu der die Stadtoffiziellen mit Oberbürgermeisterin Orosz an der Spitze aufgerufen hatten. ColoRadio brachte es, bürgerlichen Medienberichten vorgreifend, gerade auf den Punkt: „Falls Ihr es noch nicht wißt: In der Dresdner Altstadt fand heute eine Menschenkette statt, welche den Naziaufmarsch in der Neustadt verhindert hat. Und die Erde ist eine Scheibe.“

NEIN zur NATO!

In Solidarität mit allen, die im April 2009 in Strasbourg und Baden-Baden gegen den NATO-Gipfel zum 60. Gründungstag des Militärpakts protestieren, rufen wir dazu auf, die Proteste zum Start einer anhaltenden Kampagne gegen NATO und EU-Militarisierung zu machen und dabei folgende Forderungen in den Mittelpunkt zu stellen:

- Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan
- Abzug aller fremden Truppen aus dem Irak - Schluss mit der deutschen Unterstützung der Besatzung
- Solidarität mit dem legitimen Widerstand der Völker des Nahen und Mittleren Ostens gegen Krieg und Besatzung
- Aufhebung der Blockade gegen Gaza, Schleifung der Apartheid-Mauer und der illegal errichteten israelischen Siedlungen
- Schluss mit den Kriegsdrohungen gegen den Iran
- NEIN zur Einmischung von NATO und EU auf dem Balkan und Abzug ihrer Truppen, die „Kosovo“-Anerkennung ist nichtig von Anfang an
- Auflösung der völkerrechtswidrigen Ad-Hoc-Tribunale gegen Jugoslawien und Ruanda, die als Instrumente der NATO-Propaganda und Gehirnwäsche dienen
- Nein zur NATO-Osterweiterung (Ukraine, Georgien)
- Solidarität mit dem Widerstand gegen die Raketenpläne der USA in Tschechien und Polen

In nahezu allen Konflikten weltweit stellen die in der NATO verbündeten Mächte ein Haupthindernis für friedliche politische Lösungen dar. Die NATO untergräbt die demokratische Entwicklung der Völker. Sie verhindert Selbstbestimmung und vernichtet damit die Grundlagen für Wohlstand und umweltgerechtes Wirtschaften. □ Nach der Serie der bisherigen Angriffskriege gegen Irak (1991), Somalia (1992), Jugoslawien (1999), Afghanistan (2001) und Irak (2003) sowie der Serie der Stellvertreter-Kriege der Milizen gegen die DR Kongo (1998), Israels gegen den Libanon (2006) und Georgiens gegen Russland (2008) fragen sich die Menschen besorgt, was als Nächstes von den USA und ihren Verbündeten zu befürchten ist. Wird der Besatzungskrieg in Afghanistan weiter verschärft? Werden Pakistan und Indien destabilisiert? Wird Iran mit Bombenterror überfallen? Wird der eigenständige Weg, den Cuba, Venezuela und immer mehr Länder Lateinamerikas gehen, mit Militärgewalt zerstört? □ Angesichts der sich entfaltenden Weltwirtschaftskrise erinnern sich die Menschen daran, dass schon in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre der Imperialismus einen Ausweg in Rüstung und Krieg suchte, der in die Katastrophe des 2. Weltkriegs führte. Die Antwort der Friedensbewegung auf die NATO-Politik muss der gewachsenen Gefahr entsprechen. Daher appellieren wir an alle gerecht denkenden Menschen: Entfalten wir eine anhaltende, umfassende, entschlossene Kampagne gegen die NATO. Entwickeln wir koordinierte Strategien, um auf allen Schauplätzen und in allen Bereichen der NATO-Politik Gegenkräfte zu mobilisieren. Erkennen wir rechtzeitig die akuten Gefahren und schlagen wir Alarm, um möglichst viele Menschen für Abwehraktionen zu gewinnen. Entlarven wir die Kriegs-Zwecklügen und treten wir der Gehirnwäsche mit Information und Aufklärung entgegen. Propagieren wir beharrlich das Ziel, dass einzelne Mitgliedsländer sich einseitig aus den Strukturen der NATO zurückziehen. Jede Schwächung der NATO stärkt die Kräfte des Friedens und Fortschritts in der ganzen Welt. Zwanzig Jahre nach dem Ende des Warschauer Vertragsbündnisses ist die Auflösung des NATO-Pakts überfällig. *** Die EU ist im Gleichschritt mit der NATO-Erweiterung in Richtung Ost- und Südosteuropa ausgedehnt worden. Europa wurde durch neue EU-Außengrenzen erneut gespalten. Die EU wurde zum Instrument einer neuen Konfrontation mit Russland und Belarus. Im Rahmen der EU wurde die USA/NATO-Doktrin präventiver Kriege übernommen. „Schnelle Eingreifkräfte“ der EU wurden aufgebaut, um in Koor-

dination mit der NATO überall auf der Welt unter dem Vorwand der „humanitären Mission“, des „Kampfes gegen den Terrorismus“ oder der „Krisenbewältigung“ militärisch zu intervenieren. Zwecks politischer Unterwerfung, Kontrolle der Märkte und Plünderung der natürlichen Ressourcen anderer Länder wurde die Zusammenarbeit zwischen EU, USA und NATO bedeutend intensiviert. Die EU verpflichtet ihre Mitglieder zu fortgesetzter Aufrüstung und Militarisierung. Im Gleichschritt mit USA und NATO und mit den Mechanismen der EU setzten die europäischen Regierungen Maßnahmen durch, um demokratische Rechte einzuschränken, soziale Errungenschaften zu beseitigen und die Repressionsstrukturen gegen Volksbewegungen auszubauen. Angesichts des Charakters der EU als imperialistischer Union europäischer Regierungen kann von einer Verselbständigung der EU und Abkoppelung von der Vormundschaft der imperialistischen Supermacht - trotz gelegentlicher Kraftmeierei - nicht die Rede sein. Doch die inneren Widersprüche der EU, die Konkurrenz aller imperialistischen Mächte gegeneinander, Rückschläge der EU-Politik, das französische, niederländische und



irische Nein zur EU, Verweigerungen und ziviler Ungehorsam gegen EU-Verordnungen, all dies eröffnet Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas, der früheren Sowjetunion, aber auch des Mittelmeers, der arabischen Welt und anderer Kontinente. Nur wenn auch dem Juniorpartner von USA und NATO, dem imperialistischen EU-Bündnis Widerstand entgegengesetzt und die angemaßte „europäische“ Legitimität entzogen wird, kommt der antimilitaristische Kampf gegen die NATO voll zum Tragen. *** In der gegenwärtigen allgemeinen Krise, die zugleich die Bereiche der Wirtschaft, der Finanzbeziehungen, der sozialen Entwicklung, der Rohstoffversorgung und der Umwelt erfasst, entstehen neben neuen Gefahren auch neue Chancen. Die Politik des Neoliberalismus musste bereits den vollständigen Bankrott anmelden. Die Vorherrschaft der USA über den Planeten wird zunehmend in Frage gestellt. Der Versuch der neokolonialen Umgestaltung des Nahen und Mittleren Ostens ist in die Sackgasse geraten, weil die Kräfte der nationalen Selbstbehauptung in der Region der Militärmaschinerie der USA und ihrer Verbündeten erbitterten Widerstand leisten. In Lateinamerika haben sich neue Perspektiven der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung eröffnet. Es formieren sich neue Koalitionen zwischen Ländern wie China, Russland, Indien und Brasilien, die zu einer multipolaren Welt drängen. Vorbei ist die Zeit des Triumphgeschreis vom Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus, vom „Ende der Geschichte“. Die Welt ist in eine Etappe des Aufschwungs des antiimperialistischen Kampfes für Unabhängigkeit, soziale Entwicklung und Fortschritt der Völker und Nationen eingetreten. Die entschiedene Absage an den imperialistischen NATO-Pakt samt seiner EU-Hilfstruppe bedeutet nicht - wie die Geldmachteliten verbreiten lassen - Isolierung, Nationalismus und Wirtschaftsautarkie, sondern Wiedergewinnung der vollen nationalen Souveränität als elementarer Voraussetzung eines demokratischen oder sozialistischen Entwicklungsweges. Ein prinzipielles NEIN zu NATO und EU ist unverzichtbar für die Bewältigung der Krise und die Schaffung neuer Formen internationaler Zusammenarbeit zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Menschen.

**FÜR EINE WELT OHNE NATO –
FÜR EIN EUROPA DER VÖLKER**

Civil & Political Rights for the Basque Youth

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,
wir schreiben Euch im Namen der baskischen pro-Unabhängigkeits-Jugendbewegung, um Euch über eine neue internationale Initiative zu informieren.

Unsere Bewegung ist aus der Jugend eines Landes hervorgegangen, das von Spanien und Frankreich beherrscht wird und das sich im Zentrum des kapitalistischen Europas befindet. Viele Jahre sind seit Beginn unseres Kampfes vergangen – mehr als einunddreißig. Damals haben wir Jugendorganisationen und Kollektive gegründet, die als Grundlage den Kampf für soziale Gerechtigkeit und Freiheit hatten. Damit haben wir die ersten Schritte unternommen, um einmal unsere eigene Zukunft bestimmen zu können.

Im Laufe der Zeit hat unsere Bewegung starke Wurzeln entwickelt. Derzeit haben wir verschiedene Jugendorganisationen, die an verschiedenen Fronten kämpfen: dem Feminismus, der Ökologie, dem Internationalismus, für Selbstbestimmung, für das Recht auf Wohnungen, ...

Der Kampf um eine andere Gesellschaft hat einen hohen Preis. Der Feind hat aus Angst vor unseren Träumen und unserer Stärke verschiedene repressive Strafverfahren gegen uns geführt,

um uns zu stoppen. Trotz alledem haben wir ihren Angriffen standgehalten.

So hat der spanische Staat beispielsweise am 19. Januar 2007 alle Mitglieder von Segi zu Terroristen erklärt. Hunderte Jugendliche wurden seither unter diesem Vorwand verhaftet und gefoltert. Es gab massive Polizeioperationen gegen uns. Dabei sind unsere einzigen Verbrechen unsere sozialen und politischen Überzeugungen.

Die letzte gegen uns gerichtete Polizeioperation gab es am 23. November 2009. In dieser Nacht wurden 34 Jugendliche von mehr als 650 Polizisten verhaftet und in Incommunicado-Haft gefoltert. Danach wurden alle bis auf zwei ins Gefängnis eingeliefert.

Trotzdem bleiben wir unserem Kampf verpflichtet. Aber Euer Hilfe ist mehr als nötig, um ihn weiterzuführen. Deshalb bitten wir Euch, unser Manifest, das drei zentrale Forderungen enthält, mit Eurer Unterschrift zu unterstützen. Wir bitten Euch außerdem, es den Repräsentanten Spaniens und Frankreichs in Euerem Land zu übergeben.

Wir vertrauen darauf, dass wir uns im Kampf finden. Mit solidarischen und revolutionären Grüßen,

<http://basqueyouth.wordpress.com/category/deutsch-aufruf-de/>

Frank Flegel: Klarheit vor Einheit

Liebe Genossinnen und Genossen,
Klarheit vor Einheit ist ein nicht ganz einfaches Thema.

Zunächst stellt sich die Frage, um welche Einheit es eigentlich geht:

Es gibt Bündnisse wie die konkrete und aktuelle Aktionseinheit, die langfristige und strategische Einheitsfront und es gibt die Einheit der Kommunisten.

Unter Aktionseinheiten versteht man im allgemeinen Zusammenschlüsse unterschiedlicher Kräfte zwecks einer ganz konkreten Aktion, z.B. gegen einen Aufmarsch von Neofaschisten in einer Stadt, gegen die Ansiedlung eines Atomkraftwerkes, gegen eine militärische Zeremonie oder ähnliches. Dies ist die breiteste Form der Einheit, beruhend auf dem gemeinsamen Interesse des Kampfes gegen ein einzelnes Phänomen. Dementsprechend finden sich hier unterschiedlichste Kräfte aus unterschiedlichen Klassen und Schichten mit – das gemeinsame Ziel einmal ausgenommen – völlig unterschiedlichen Interessen und politischen Vorstellungen.

Unter Einheitsfronten versteht man dagegen langfristiger angelegte Bündnisse wie es die antifaschistische Einheitsfront oder unterschiedliche anti-imperialistische Bündnisse waren und sind. Mit Abstrichen kann man auch die Friedensbewegung und die Anti-Atomkraftbewegung hinzurechnen. Auch hier gibt es unterschiedliche Klassenkräfte und unterschiedliche Interessen, das gemeinsame Ziel ist aber langfristig angelegt, bei diesem Zusammenschluss handelt es sich um ein strategisches Bündnis.

Beide haben mit kommunistischer Einheit zunächst einmal nichts zu tun.

Kommunistische Einheit kann als Grundlage nur die gemeinsame wissenschaftliche Weltanschauung haben, den Marxismus-Leninismus. Das klingt ganz einfach, ist es offensichtlich aber nicht, denn statt kommunistischer Einheit sehen wir heute eine große Zersplitterung der kommunistischen Bewegung.

Schauen wir uns deshalb die größten historischen Brüche kurz an:

Die erste große Spaltung entstand 1918/1919 am Ende des Ersten Weltkrieges. Sie war die Folge der durch den klassischen Revisionismus hervorgerufenen Katastrophe der alten revolutionären Sozialdemokratie, die 1914 mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten ins Lager der Bourgeoisie wechselte, statt europaweit mit Massenak-

tionen und Streiks gegen den Krieg aufzustehen. 1918/1919 ließ diese Sozialdemokratie dann auf die Revolutionäre des Spartakusbundes schießen und erstickte die Novemberrevolution.^[1] Die Ursache dieser Spaltung war der klassische Revisionismus, der den Kampf gegen die Bourgeoisie ersetzte durch die Zusammenarbeit mit ihr.

Einige Jahrzehnte später entwickelte sich eine neue Form des Revisionismus, der moderne Revisionismus in den sozialistischen Staaten, genauer: in den kommunistischen Parteien, die an der Macht waren. Während der Stalin-Ära wurde dieser systematisch bekämpft. Was geschieht, wenn er stattdessen gefördert wird, zeigte sich 1956: Der XX Parteitag der KPdSU markiert den Durchbruch dieses modernen Revisionismus an die Macht. Inhaltlich ähnelt er dem klassischen Revisionismus, auch hier wird der Klassenkampf ersetzt durch die Klassenkollaboration, Frieden sichern durch Zusammenarbeit mit dem Imperialismus (und nicht durch den Aufbau eigener Stärke), Klassenkampf im Inneren leugnen durch die These von der Partei des ganzen Volkes, Propagierung des parlamentarischen Weges zum Sozialismus, gleichzeitiger Rückbau der Planwirtschaft und des volkseigenen Sektors der Ökonomie und so weiter.

Mitte der 60er Jahre erfolgte als Resultat der Chruschtschow-Politik die nächste große Spaltung, die Spaltung des sozialistischen Weltsystems, UdSSR und Staaten des Warschauer Paktes auf der einen Seite, Volks-China mit einigen Verbündeten auf der anderen. Diese Spaltung bedeutete eine enorme ökonomische und politische Schwächung der kommunistischen Weltbewegung.

Und etwas mehr als 20 Jahre später vollendete der moderne Revisionismus dann sein Zerstörungswerk mit der Katastrophe von 1989/90. Sie war die Folge der Niederlage der marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPdSU gegen den modernen Revisionismus der Gorbatschowisten, die den Sozialismus in Theorie und Praxis so weit ausgehöhlt hatten, dass er sich 1989/90/91 annähernd wehrlos der Konterrevolution geschlagen geben musste.

Parallel dazu war in Westeuropa eine ähnlich zerstörerische Offensive des Revisionismus abgelaufen: der so genannte „Eurokommunismus“. Dieser raffte die einst starken kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens entweder völlig dahin oder ließ sie zu neosozialdemokratischen Wahlvereinen verkommen. Reste marxistisch-leninistischer Kräfte versuchten zu retten, was zu retten war, erst unter Beibehaltung der Einheit der Partei, dann auch mittels Abspaltung oder Neugründung. Das Resultat ist im Ganzen

gesehen niederschmetternd.

Man muss anerkennen, dass der Revisionismus das erreicht hat, was die Bourgeoisie weder durch die Kommunistenverfolgung der Faschisten noch durch den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion erreicht hat – die Zerstörung der kommunistischen Partei und die Zerstörung des Sozialismus in Europa. Für das vergangene Jahrhundert gilt: der Revisionismus war die schärfste, weil erfolgreichste Waffe der Bourgeoisie im Kampf gegen die kommunistische Bewegung.

Daraus ergeben sich wichtige Schlussfolgerungen für heute:

1. Der Revisionismus betrieb und betreibt die Aufweichung und Entstellung der wissenschaftlichen Theorie unserer Klassiker.
2. Damit produziert er die ideologische Spaltung zwischen wissenschaftlicher Weltanschauung und revisionistischen Abweichungen.
3. Er produziert außerdem eine noch weitergehende Zersplitterung, denn hat eine Partei erstmal Abschied genommen von der wissenschaftlichen Weltanschauung, dann besteht die Politik aus irgendwelchen Positionen zu irgendwelchen Phänomenen. Diese Positionen werden zunehmend beliebig, sind nicht mehr wissenschaftlich zu begründen – und daraus entwickeln sich selbstverständlich weitere Spaltungen je nach Ausmaß der Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft. Z.B.: Welche antiimperialistischen Kämpfe unterstützt man noch – und von welchen distanziert man sich? Wie weit geht man in der Frage von Krieg und Frieden? Trägt man im Schwitzkasten der „Sachzwänge“ Sozialabbau mit – und wenn ja, wie weit? Und so weiter.
4. Der Revisionismus ist grundsätzlich dogmatisch, auch wenn er stets das Gegenteil von sich behauptet, denn der Revisionismus muss den offenen wissenschaftlichen Diskurs fürchten. Er selbst hat ja die Wissenschaftlichkeit von Politik, den Marxismus-Leninismus verlassen und an dessen Stelle allgemeine Glaubenssätze gestellt.

Dementsprechend arbeitet der Revisionismus mit den Mitteln der Ausgrenzung, Verunglimpfung, ja mit dem Bannstrahl gegen seine kommunistischen Kritiker. Ich wurde beispielsweise einmal erstaunt, ungläubig und kopfschüttelnd gefragt, ob ich wirklich Bücher von Stalin besäße. Genau so funktioniert dieser „undogmatische“ Dogmatismus: man darf sich noch nicht einmal informieren!

Wie nun aber bei all dem Gerümpel zur kommunistischen Einheit kommen?

Angesicht der Lage in Deutschland habe ich schon oft gehört: „Lasst beiseite, was Euch trennt – stellt nach vorne, was Euch eint“.

Dieses Motto ist sicherlich gut gemeint. Aber kann damit eine kommunistische Einheit erreicht werden? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, das kann sie nicht, denn auf diesem Wege würden die Differenzen und Widersprüche zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus als Wurzel in die Einheit gelegt. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wohin das führt: zur nächsten Spaltung.

Die Einheit der Kommunisten muss sich deshalb abgrenzen vom Revisionismus.

Für die kommunistische Einheit muss gelten: Verteidigung des Marxismus-Leninismus, konsequenter Kampf gegen den Revisionismus, Abwehr jeder ideologischen Beliebigkeit. Anders ist die Einheit der Kommunisten nicht zu erreichen.

Für Kommunisten muss gelten: Klarheit ist die Grundbedingung der Einheit.

Frank Fliegel, Hannover

[1] Nur am Rande angemerkt sei, dass die deutsche Sozialdemokratie 1933 im Bestreben, von den Hitlerfaschisten nicht verboten zu werden, ihren Vorstand „judenfrei“ machte.

Von der Wichtigkeit von außen nach innen schauen zu können

Gedanken und Vorschläge zur internationalen Arbeit der KI

Einleitung

Die Bedeutung der internationalen Arbeit für eine politische Organisation hängt von vielen Faktoren ab. In erster Linie ist ihr eigener Entwicklungsstatus ausschlaggebend. Der folgende Bericht ist als Anregung gedacht, der vom Zustand der Kommunistischen Initiative (KI) und der politischen Gesamtlage im Frühjahr 2010 ausgeht. Des Weiteren entsteht er vor den Erfahrungen, die ich einerseits in den vergangenen sechs Jahren in zahlreichen Veranstaltungen über Venezuela und das Baskenland vorwiegend in „linken Zusammenhängen“ auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland gesammelt habe. Andererseits habe ich aufgrund meiner beruflichen wie politischen Arbeit im Ausland erfahren, wie wichtig der Blick von außen auf das eigene Land und somit auf sich selbst ist. Letzteres ist eine sehr persönliche, also subjektive Erfahrung, die daher keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben kann.

Wenn ich im Folgenden von „der Linken“ spreche, dann beziehe ich mich allgemein auf jene Parteien, Organisationen, Personen und Strömungen, die sich links von der gleichnamigen Partei Die Linke verorten lassen. Letztere werde ich mit PDL kennzeichnen.

Zwei grundsätzliche Überlegungen über das Kommunistsein und die internationale Arbeit

Im Kontext der aktuellen Lage in Deutschland mag es pathetisch klingen, wenn ich den Kommunisten Eugen Leviné (1883-1919) zitiere. Kurz bevor ihn ein Richter zum Tode verurteilte, sagte das Mitglied der Münchner Räterepublik:

„Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub, dessen bin ich mir bewusst. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muss zu Karl Liebknecht

und Rosa Luxemburg. Ich sehe auf jeden Fall Ihrem Spruch mit Gefasstheit und mit einer inneren Heiterkeit entgegen“.

Leviné sprach diesen Gedanken zu einer Zeit aus, als das Kommunistsein in diesem Land mit dem Tode bestraft wurde. Fakt ist, dass in den letzten Jahrzehnten die Herrschenden in der BRD – trotz KPD-Verbot, massivem Auf- und Ausbau aller repressiven staatlichen Strukturen, zunehmenden Faschisierungstendenzen sowie einzelner, massiver Repressionsmaßnahmen – auf diese extreme Form, der Unterdrückung verzichtet haben. Dadurch entstand in weiten Kreisen der Linken die falsche Sicherheit, zu schlimmeren als die hierzulande bekannten Methoden der Repression könnte es nicht kommen. Dieser Eindruck ist falsch und gefährlich. In anderen Ländern, wie zum Beispiel Spanien, existieren sehr viel weiter reichende Maßnahmen der Unterdrückung, die Folter und Mord im Staatsauftrag einschließen. Folglich kann der aktuelle Zustand in Deutschland nicht als Gradmesser für aktuelle und zukünftige Bedrohungslagen dienen. Wir können die derzeitige Situation daher nicht einfach als gegeben hinnehmen, sondern müssen uns darauf einstellen, dass die Herrschenden die Repressionsschraube (bis zum offenen Terror) gegen demokratische, antiimperialistische, sozialistische und kommunistische Kräfte deutlich anziehen können. Als Legitimationsbasis dient ihnen der immer plumper werdende Antikommunismus und ihr so genannter „Krieg gegen Terror“. Dieses Szenario wird spätestens dann eintreten, wenn sich die KI als ernst zu nehmende Kraft jenseits des hiesigen Parteienspektrums etabliert hat. Andere Parteien und Organisationen, mit denen die KI international zusammenarbeiten kann, haben diese Erfahrungen bereits gemacht.

Goethe oder die Notwendigkeit von außen nach innen schauen zu können

Dem deutschen Dichter und Denker Johann Wolfgang von Goethe

wird der Satz zugeschrieben:

„Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiß nichts von seiner eigenen“.

Goethes Erkenntnis bedingt, dass man sich zunächst mit seiner eigenen Sprache beschäftigt hat, bevor man sich dem Studium anderer Idiome widmet. Der Aufenthalt in einer anderen Sprachwelt hilft, die eigene besser zu verstehen. Jeder, der bewusst eine andere als seine Muttersprache gelernt hat, kann Goethes Gedankengang vielleicht nachvollziehen. Aber das Zitat dieses Denkers lässt sich auch auf andere Bereiche anwenden, wenn man das Wort „Sprachen“ als Variabel begreift, die auch für „Ideologien“, „Politiken“, „Strategien“, „Personen“, „Länder“ usw. stehen kann. Goethes Gedanken erscheinen mir in seiner tief gehenden Vielfältigkeit als eine notwendige, geistige Voraussetzung für die internationale Arbeit. Der Kontakt mit den „Fremden“ entwickelt sich zum notwendigen Stein, an dem sich das Schwert der eigenen Ideologie, Politik, Strategie oder Person schärft oder zerbricht. Das gilt auch für die KI.

Die KI hat in ihrem Gründungsauftrag drei Punkte genannt, auf deren Basis sie eine Kommunistische Partei in Deutschland schaffen will. Das ist, um im Bild des Goethe-Zitats zu bleiben, ihre „Sprache“, die sie von den einen unterscheidet und mit den anderen verbindet.[1] Technisch betrachtet, ist es einfach, die drei Punkte in eine andere Sprache zu übertragen, damit Gleichgesinnte darauf reagieren. Angesichts der vorherrschenden Beliebigkeit im „Polit-Betrieb“ mit der dazugehörigen Prinzipienlosigkeit (die sich nicht nur auf Deutschland beschränkt) bedeutet eine klare Positionierung den ersten Schritt in die richtige Richtung. Der zweite muss berücksichtigen, dass sich die Welt seit der Konterrevolution weiter gedreht hat. Heutzutage gibt es weltweit Kämpfe, deren Akteure mit der UdSSR oder der DDR und mit den Werten, für die sie stehen, nur sehr wenig oder gar nichts anfangen können. Dieser Umstand verlangt von der KI, auf der Basis der für sie wichtigen Grundsätze eine Position zu entwickeln, die sie zum einen von anderen linken Parteien (vor allem in Deutschland) abhebt und zum anderen in die Lage versetzt, Anknüpfungspunkte zu jenen Kämpfen zu finden, die ebenfalls den Imperialismus unserer Zeit bekämpfen, aber nicht unbedingt die historischen Bezüge der KI teilen.

Auf diesen Aspekt werde ich weiter unten noch detaillierter eingehen.

Um die Gedanken zum Goethe-Zitat abzuschließen, möchte ich daran erinnern, dass der Kontakt zum Ausland verlangt, dass man die Fähigkeit fortentwickelt, auf Genossen, die vergleichbare Kämpfe wie den unsrigen führen, menschlich wie politisch zugehen kann, ohne dabei die eigenen Positionen zu verwässern. Hinter dieser Feststellung verbirgt sich meine Erfahrung, dass in vielen Gesellschaften außerhalb Deutschlands trotz aller politischen und ideologischen Gemeinsamkeiten der menschliche Kontakt immer noch wichtiger ist als die (möglicherweise) vorhandene Struktur mit ihrer Hierarchie und dem dazugehörigen Protokoll.

Die spezielle Note der internationalen Arbeit der KI

Die KI arbeitet nicht im luftleeren Raum; ihr Handeln geschieht vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Politik im allgemeinen und den Positionen der PDL, der DKP und anderer Organisationen im konkreten. Die KI unterscheidet sich m.E. durch zwei wesentliche Punkte von ihrer politischen Konkurrenz im linken Spektrum: erstens durch die entschiedene Rückbesinnung auf den Marxismus-Leninismus sowie auf die Rolle der DDR und der UdSSR; zweitens dadurch, dass sie außerhalb des aktuellen Parteiengefüges wächst.

Die Rückbesinnung auf den Marxismus-Leninismus, seine herausragenden Vertreter und die wichtigsten Gemeinwesen, die diese Ideen verkörpert und gelebt haben, unterscheidet die KI von anderen „linken“ Parteien, Organisationen und Strömungen, die sich der Wertediktatur der Konterrevolution weitestgehend unterworfen haben. Mit ihrer Positionierung im Sinne von „Klarheit vor Einheit“ zeigt die KI Flagge. Zu ihr kommen jene aus dem In- und Ausland, die diese Positionen teilen. Der Vorteil ist, dass über bestimmte Grundwerte nicht mehr diskutiert werden muss. Der Nachteil, wenn man es so nennen will, kann sein, dass man sich in der internatio-

nenalen Arbeit auf „Seinesgleichen“ beschränkt und so – vielleicht ungewollt – andere Regionen und Verbündete ausschließt. Letzteres muss nicht sein, wenn man zum Beispiel Lenins Verständnis vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die gegenwärtigen nationalen und sozialen Befreiungskämpfe inner- und außerhalb Europas überträgt.

Der zweite Vorteil im Werden der KI liegt darin, dass sie kein Teil des hiesigen Parteiengefüges ist, sondern jene Kräfte sammeln kann, die der politischen Konkurrenz entweder enttäuscht den Rücken zukehren oder sich von ihr gar nicht erst angezogen fühlen. Damit rückt die KI in die Position einer „Bewegung“, die sich außerhalb des politisch-institutionellen Apparats in Deutschland entwickelt. Mit den notwendigen Abstrichen, die die Bedingungen in der BRD im allgemeinen sowie die Politik, Ideologie und Organisation im besonderen berücksichtigen, entspricht sie von ihrer Entstehung her jenen Bewegungen und Parteien, die in den ALBA-Staaten Venezuela, Bolivien und Ecuador über Wahlen an die politische Macht kamen und damit das Ende des dortigen verrotteten bürgerlichen Parteiensystems einleiteten. Dieser Einschätzung widerspricht nicht, dass innerhalb der KI Lenins Parteitheorie als wissenschaftliche Einheit aller Elemente des Marxismus-Leninismus gelehrt und praktiziert wird. Das bedeutet, dass die derzeitige Verfasstheit der KI als „Bewegung“ ein aus der derzeitigen historischen Situation in der BRD geborene Notwendigkeit ist, um in einem längerfristigen Prozess eine einheitliche Kommunistische Partei aufzubauen. Denn ohne eine Kommunistische Partei als marxistische Avantgarde der Arbeiterklasse wird es keine wirkliche sozialistische Revolution in Deutschland geben können.

Mit ihrem ideologisch-historischen Bezug und ihrem Status als „Bewegung“ verfügt die KI über das Material und den Manövrierraum, um sich außenpolitisch auszurichten und sich somit innenpolitisch von den anderen Linken abzuheben. Dem KI-eigenen außenpolitischen Diskurs müssen entsprechende Taten folgen, an denen es der Konkurrenz meistens mangelt.

Eigene Klarheit

Die KI sollte auf der Basis ihres Selbstverständnisses eine außenpolitische Positionierung vornehmen. Am Ende dieses Prozesses wird ein Dokument stehen, das zum einen Ausländern verdeutlicht, wie sich die KI zu ihren Kämpfen positioniert. Zum anderen bedeutet die Arbeit an diesem Positionspapier für die Mitglieder der KI, sich über Punkte klar zu werden, die in Deutschland nicht so wichtig erscheinen, in anderen Ländern aber sehr wohl.

Dazu zählt der offensive Umgang mit den Tabu-Begriffen der deutschen Linken wie „Volk“, „Nation“, „Deutschland“, „Deutschsein“, „Nation mit Staat“, „Nation ohne Staat“, „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „nationale Befreiung“, „soziale Befreiung“, „nationale Identität“, „internationale Solidarität“... Hier gilt es, Bürgerlichen und Neofaschisten die Deutungshoheit streitig zu machen und Linken ohne Horizont eine Orientierung zu bieten.

Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern

Wie schon angedeutet, sehe ich zwei „Zielgruppen“ der internationalen Arbeit der KI. Dazu gehören zum einen die „natürlichen“ Partner der KI, also jene Parteien und Organisationen, die ihre Grundpositionen aufgrund eines ähnlichen Selbstverständnisses teilen. Folglich liegt es auf der Hand, diese Kontakte zu pflegen und auszubauen.

Zum anderen gibt es jene Organisationen, deren Gemeinsamkeit zur KI nicht in erster Linie im gemeinsamen Bekenntnis liegt, sondern in der Zielsetzung des geführten Kampfes. Hier die entsprechenden Partner zu finden, hängt im Moment vor allem von den logistischen Möglichkeiten ab. Im jetzigen Entwicklungsstadium der KI ist es vielleicht angebracht, sich im „Alten Europa“ nach Alliierten umzuschauen. Das sollte aber trotz aller materiellen Zwänge mit strategischer Weitsicht geschehen.

Daher bietet sich als ein Arbeitsfeld – auch mit Blick auf Lateinamerika und unter Berücksichtigung der Internationalen Brigaden für unser Selbstverständnis – der spanische Staat an. Wer dort heutz-

tage nach verlässlichen „kommunistischen“ Partnern sucht, dürfte verzweifeln: Die KP Spaniens (PCE) geht gerade mit der Izquierda Unida (Vereinigten Linken) zugrunde. Ein Ende des Schreckens ist nicht in Sicht. In eigenen Regionen gibt es kommunistische Strukturen, die aber sehr personenbezogen arbeiten.

Die einzige politische Kraft, die trotz Verbot Massen von 40000 bis 140000 Menschen auf die Straßen bringt, ist die baskische Linke. Sie tritt für „Unabhängigkeit und Sozialismus“ ein. Das ist der gemeinsame Nenner der die facettenreiche Nationale Baskische Befreiungsbewegung (MNLV) zusammenhält. Die MNLV lebt davon, dass man keinem ihrer Mitglieder vorwerfen kann, es wolle dort als „Berufspolitiker“ Karriere machen. Das Gegenteil ist der Fall: Etwa 60% der Kader der verbotenen Linkspartei Batasuna (Einheit) sitzen im Knast. Die Jugendorganisation Segi ist verboten, aber trotzdem in der Lage, an einem Wochenende 5000 Jugendliche für Demos zu mobilisieren. Hauptanliegen der MNLV ist es, normale demokratische Verhältnisse zu schaffen, die helfen, den spanisch-baskisch-französischen Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Im Baskenland kann man erleben, wie Solidarität nicht nur propagiert, sondern auch gelebt wird – tagtäglich. Hinzu kommen die Methoden der politischen Arbeit in der Quasi-Illegalität, aber auch praktische, sozialistische Politik im kapitalistischen System, dort, wo es der baskischen Linken noch möglich ist, sie zu realisieren.

Etwas mehr Vorarbeit bedarf es, neue Partner zu finden, die dieselben Gegner haben und ähnliche Kämpfe führen, aber auf einer anderen ideologischen Position stehen. Stichworte: politischer Islam, bolivarianische Revolution.

Differenzierung der KI

von den restlichen kommunistischen Organisationen

Zur Differenzierung der KI von anderen linken Organisationen trägt auf jeden Fall ihr Selbstverständnis mittels der vorhin skizzierten Positionierung bei. Als nächster Schritt könnte die KI mit konkreten Aktionen in Kooperation mit den ausländischen Partnern aktiv werden. Das bedingt aber, in der Lage zu sein, auch „fremde Sprachen“ zu kennen. Ergo benötigt die KI einen Pool von sprachgewandten Genossinnen und Genossen und solchen, die es noch werden wollen. Allein dieser Aspekt – „Da muss man die KI fragen, dort sprechen sie Spanisch, Englisch, Türkisch...“ – wird sie von anderen abheben.

Die Situation des Partners im jeweiligen Gastland wird die Ebene bestimmen, auf der man politisch und publizistisch arbeiten kann.

Die realistischen Schritte in die Zukunft

Die KI muss sich ein außenpolitisches, internationales/internationalistisches Grundsatzpapier erarbeiten, das auf ihren Grundpositionen basiert und die Kämpfe hier und andernorts berücksichtigt.

Die KI sollte eine Struktur aufbauen, die sich mit der internationalen Arbeit befasst. Zu ihrem Aufgabenbereich gehört die Kontaktpflege mit den Partnern, das Bereitstellen von Informationen, falls eine Stellungnahme zu außenpolitischen Ereignissen vonnöten ist und der Aufbau eines eigenen Übersetzerkorps.

Ingo Niebel, 19.2.2010

[1] <http://www.kommunistische-initiative.de/aufruf.html>, gesehen 14.2.2010

Zum 8. Mai, Tag der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai feiern die fortschrittlichen, friedliebenden Menschen den Tag der Befreiung vom Faschismus.

Als am 8. Mai 1945 der deutsche Faschismus bedingungslos kapituliert, war dies die bislang schwerste Niederlage des deutschen Imperialismus, der sich der faschistischen Diktatur bedient hatte, um eine neue Weltordnung zu seinen Gunsten zu schaffen, den Sozialismus in der UdSSR zerstören und den „Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten“ wollte.

Für die Sowjetunion, die Antifaschisten, die vom Faschismus unterjochten Völker war es ein Tag des Sieges. Doch der Pulverdampf des bislang furchtbarsten aller Kriege hatte sich noch nicht verzogen, da schmiedeten der internationale Imperialismus mit dem eben noch besiegten deutschen Imperialismus schon neue Allianzen, um nun gemeinsam gegen den Sozialismus in der UdSSR und den neu entstandenen sozialistischen Staaten vorzugehen. Hitlergeneräle schrieben ihre Memoiren und wie man hätte „siegreich“ sein können, alte und neue Nazis fanden rasch wieder ihren Platz und Einfluss im westdeutschen Staat.

Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung für das ganze werktätige deutsche Volk. Die Antifaschisten in Deutschland hatten trotz brutalsten Terrors, trotz zahlreicher Morde durch die faschistische Justiz, trotz Kerker und Konzentrationslager ihren Widerstand gegen das faschistische Regime nie aufgegeben. Dennoch war es den Widerstandskräften in Deutschland nicht gelungen, das faschistische Regime zu zerschlagen. Es ist vor allem der siegreichen Sowjetunion, ihrer heldenhaften Roten Armee unter Führung ihrer kommunistischen Partei mit Stalin an der Spitze zu danken, dass die Völker der Welt von der braunen Pest gerettet und befreit wurden.

Heutzutage laufen in den Massenmedien zuhauf „Dokumentationen“ über Hitler, seine Vertrauten, über den Krieg. Doch wer dort etwas über den wahren Charakter des Faschismus, über die Hintergründe seiner Entstehung erfahren will, wird in diesen geschichtsverfälschenden Filmchen keine Antworten finden. Auch nichts darüber, dass es das deutsche Kapital war, das Hitler und seine NSDAP mit Geld und Einfluss an die Macht hievte und dass

die faschistische Diktatur nicht anderes war als die terroristische Herrschaft des reaktionärsten Teils des Kapitals. Die bürgerlichen Geschichtsverdreher leugnen oder verschweigen diese Zusammenhänge. Für sie ist nicht die Bourgeoisie der Träger des Faschismus, für sie gibt es keinen Wesenszusammenhang zwischen Imperialismus und Faschismus. Für sie ist der Faschismus nur ein „schlimmes Phänomen“, ein „Unfall der Geschichte“, verursacht allein von der Wahnidee eines „Irren“, Hitler.

Hitler und der Faschismus fielen aber nicht schicksalhaft vom Himmel. Für das grenzenlose Profitstreben, für die Weltherrschaftspläne, für die rücksichtsloseste Sicherung der Macht der Banken und Monopole, dafür wurden Hitler und seine faschistischen Banden zielgerichtet an die Macht gebracht. Der Faschismus sollte nachholen, was im 1. Weltkrieg dem deutschen Imperialismus nicht gelungen war und zugleich dafür sorgen, dass es keine neue revolutionären Erhebungen wie 1917 in Russland oder 1918 in Deutschland geben sollte.

Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland errangen die Bolschewiki zum ersten Mal in der Welt, in einer siegreichen sozialistischen Revolution die Macht und bauten mit Sowjetrußland den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf. Ihn zu vernichten und künftig jede sozialistische Alternative im Keim zu ersticken, das war das politische und militärische Hauptziel des deutschen Faschismus.

Hätte die Herrschaft des deutschen Faschismus verhindert werden können? Ja! Wäre die Novemberrevolution 1918 in Deutschland siegreich verlaufen, hätte man zugleich mit der Zerschlagung des deutschen Imperialismus auch dem deutschen Faschismus die Basis für seine Entstehung entzogen. Doch die Geschichte verlief bekanntlich anders.

Durch den Verrat der deutschen Sozialdemokratie an der Novemberrevolution 1918 in Deutschland erhielt das deutsche Kapital die Möglichkeit, seine Kräfte wieder zu sammeln. Die Sozialdemokratie trug damit auch die Verantwortung für die Restauration des deutschen Imperialismus mit all den fürchterlichen historischen Folgen. Sobald sich das deutsche Großkapital und die deutschen Konzerne wieder mächtig genug fühlten, gingen sie an die

Verwirklichung ihrer Pläne, mit denen die Niederlage im Ersten Weltkrieg revidiert, die kapitalistische Konkurrenz aus dem Feld geschlagen, vor allem aber der Hauptfeind, die sozialistische Sowjetunion, vernichtet werden sollte.

Das Kapital schuf sich mit der faschistischen NSDAP eine Terrorpartei, die das politische Werkzeug wurde, mit deren Hilfe die Bourgeoisie in Deutschland eine offene Diktatur errichten wollte, die jeden Widerstand gegen die Herrschaft des reaktionären Großkapitals ersticken sollte.

Gegen diese Entwicklungen leistete die KPD erbitterten Widerstand. Die KPD hatte immer wieder gewarnt: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Hitler und seine Kumpane ließen in ihren Reden und Veröffentlichungen keinen Zweifel daran, welche Absichten sie verfolgten. Niemand konnte sagen, die Gefahr sei nicht erkennbar gewesen. Dennoch verweigerten SPD und rechte Gewerkschaftsführer jedes Zusammengehen mit den Kommunisten zur Abwehr der faschistischen Gefahr. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch die antikommunistische Politik der SPD trug wesentlich dazu bei, dass es nicht gelang, die Errichtung der faschistischen Herrschaft in Deutschland zu verhindern.

Doch Faschismus und Imperialismus sind zwei Seiten derselben Medaille. Das Kapital braucht den Faschismus, es fördert und bezahlt seine politischen Organisationen. Faschismus, das ist nichts anderes als die offene, terroristische Diktatur des reaktionärsten, nach innen und außen aggressivsten Teils des Großkapitals. Das Kapital ist immer dann bereit, diese offene, faschistische Diktatur zu errichten, wenn seine Herrschaft durch den antiimperialistischen Kampf, den Klassenkampf der Werktätigen in Gefahr gerät. Als der Klassenkampf in Deutschland unter Führung der KPD zu Beginn der 30er Jahre in Deutschland eine solche Macht und Stärke erreicht hatte, dass das Kapital seine Herrschaft wie auch seine Ziele zur Schaffung einer neuen Weltordnung unter seiner Führung gefährdet sah, ließ es seine faschistischen Banden von der Leine. Mit brutalster Unterdrückung nach innen, maßloser Demagogie, Chauvinismus und Rassenhass wurden die Gegner des Faschismus liquidiert, die Massen „gleichgeschaltet“, desorientiert, aufgehetzt, kriegsbereit gemacht.

Als der deutsche Faschismus am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg entfesselte, schien sich der Faschismus unaufhaltsam wie die Pest auszubreiten, Volk um Volk wurde unterjocht. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hatte der eigentliche Krieg mit dem Hauptfeind begonnen. Die Zerstörung der Sowjetunion sollte ein für alle mal jede Gefährdung kapitalistischer Interessen beseitigen, jeden Gedanken an den Sozialismus ausmerzen. Als die faschistischen Armeen auf Leningrad, Moskau und Stalingrad vorrückten, glaubten nicht wenige, dass die UdSSR das gleiche Schicksal wie die zuvor überfallenen Länder ereilen würde.

Aber das sowjetische Volk und der Sowjetstaat kapitulierten nicht. Die von Stalin geführte Partei und Regierung der UdSSR mobilisierte alle Kräfte der sowjetischen Völkergemeinschaft, um die faschistischen Aggressoren abzuwehren und schließlich zu schlagen. Nach langen, schweren Kämpfen, in denen es der faschistischen Wehrmacht zunächst gelang, tief in die UdSSR einzudringen, fügte die Rote Armee in Stalingrad den Faschisten eine verheerende Niederlage zu und damit brach die Rote Armee der faschistischen Eroberungsarmee das Rückgrat. Das ganze sowjetische Volk hatte in Einheit mit seiner sozialistischen Führung Heldenhaftes geleistet, an der Front und im Hinterland, mit einem Ziel: Die Verteidigung der sozialistischen Heimat und der Vernichtung des Faschismus. Stalins Losung, „Kein Schritt mehr zurück“ fand seine heldenhafte Umsetzung im erbitterten Widerstand der Sowjetsoldaten, die die faschistische Aggression zum Stehen und schließlich die Rote Armee in die unaufhaltsame Offensive brachte.

Schlag um Schlag wurden die braunen Räuber zurückgetrieben. Die unterjochten Völker, die ganze fortschrittliche Welt schauten mit Hoffnung und Bewunderung auf das sowjetische Volk, das den Faschismus schließlich zurückjagte bis in seine Höhle.

Am 8. Mai kapituliert die faschistische Wehrmacht. Der UdSSR

trug die Hauptlast des Krieges, ihr verdankten die Völker ihre Befreiung vom Joch des Faschismus. In diesem Kampf haben die Völker der Sowjetunion die schwersten Verluste erlitten. Von den über 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges war jeder Zweite ein Bürger der Sowjetunion. Bei seinem Raubzug gegen die UdSSR hatte der Faschismus in der Sowjetunion die abscheulichsten Verbrechen begangen. Es wäre nur zu verständlich gewesen, wenn das sowjetische Volk auf lange Zeiten alles „Deutsche“ mit den Augen des Hasses gesehen hätte. Aber das sowjetische Volk nahm sich nicht das Recht der Rache, es konnte unterscheiden zwischen Faschismus und dem deutschen Volk.

Mit dem Sieg der Sowjetunion über den Faschismus trat die Geschichte in eine neue Epoche ein. In Europa und in der Welt entstanden neue sozialistische Staaten. Das imperialistische Kolonialreich zerfiel, die fortschrittliche Welt gewann dank des Sieges der Sowjetunion an Stärke. Der Imperialismus war historisch in die Defensive gedrängt worden. In einem Teil Deutschlands entstand auch Dank der Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion der erste sozialistische Staat auf deutschen Boden. Mit der DDR konnte die deutsche Arbeiterklasse ihre bislang größte Errungenschaft aufbauen, ihren Arbeiter- und Bauernstaat, in dem der Kapitalismus seine Herrschaft verloren hatte.

Mit dem sowjetischen Sieg über den Faschismus wurde die Grundlage geschaffen, dass in den folgenden Jahrzehnten dem Imperialismus in Europa durch die Kraft der sozialistischen Staaten Fesseln angelegt wurden, die ihn daran hinderten, ein drittes Mal einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Die Kolonialreiche des Imperialismus zerfielen, die nationalen Befreiungsbewegungen errangen Sieg auf Sieg. Die fortschrittliche Welt verdankte der Sowjetunion eine Periode des Friedens, der Freiheit und des sozialistischen Fortschritts.

Keinem der Genossen, die nach 1945 nicht zuletzt mit Hilfe des UdSSR, in Ostdeutschland ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland aufbauten und schließlich mit der DDR den ersten deutschen sozialistischen Staat errichteten, wäre es jemals in den Sinn gekommen, dass nur einige Jahrzehnte später ausgerechnet eine sowjetische Führung die Hauptverantwortung dafür tragen würde, dass der Sozialismus in der Sowjetunion, der DDR und in den anderen osteuropäischen Staaten einer Konterrevolution zum Opfer fallen würde, die ausgerechnet angeführt wurde von Spitzenkadern der KPdSU und ihren Helfershelfern in den anderen kommunistischen Parteien der damaligen sozialistischen Länder in Europa. Ein völlig unvorstellbarer Gedanke. Die Dankbarkeit gegenüber der UdSSR, das Vertrauen in die revolutionäre Kraft der sowjetischen Völker, das hat es sicher auch vielen Genossen schwer gemacht, dass verräterische Spiel der revisionistisch-reformistischen Kräfte zu durchschauen, die „kommunistisch“ sprachen und antikommunistisch handelten.

Die Niederlage von 1989/90 ändert nichts daran, dass für uns wie für die ganze progressive Menschheit der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, ist und bleibt. Wir wissen, dass diese Niederlage nur eine zeitweilige ist. Der Kapitalismus und seine Apologeten indessen behaupten, der Sozialismus sei endgültig besiegt worden, sie wollen jede positive Erinnerung an ihn auslöschen. Mit dem „Antistalinismus“ haben die revisionistischen Verräter von Chruschtschow über Breshnew bis zu Gorbatschow samt ihren Gesinnungsgenossen den imperialistischen Ideologen ein Propagandawerkzeug nach Maß geliefert, um die Sowjetunion, Stalin und den Sozialismus insgesamt zu verleumden. Umso notwendiger ist es, dass wir Kommunisten die historische Wahrheit unbeirrt und mutig verteidigen und in diesem ideologischen Kampf nicht länger zurückweichen.

Indem wir das Andenken an den Sieg der Sowjetunion über den Faschismus verteidigen, ehren wir den Heldenmut ihrer Menschen, die auch für unsere Befreiung ihre Kraft und ihr Leben eingesetzt haben und würdigen wir die Leistung derer, die auf der Grundlage der Befreiung vom Faschismus für den Aufbau des Sozialismus in der DDR und anderen Ländern gekämpft und gearbeitet haben.

Adam Antimus

Zur Verteidigung Kubas

Initiative des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit, das die Einmischung des europäischen Parlaments in die inneren Angelegenheiten Kubas verurteilt.

Hinsichtlich der Resolution des Europäischen Parlaments vom 11. März zu Kuba, erklären wir, Intellektuelle, Akademiker, soziale Kämpfer, kritische Denker und Künstler des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit:

1. Dass wir die Sensibilität der europäischen Parlamentarier in Bezug auf die politischen Gefangenen teilen. Genauso wie sie, sprechen wir uns für die sofortige und bedingungslose Freilassung von allen politischen Gefangenen in allen Ländern der Welt, auch die in der Europäischen Union, auf.
2. Dass wir, wie sie, den Tod des gewöhnlichen Gefangenen Orlando Zapata sehr bedauern, aber wir gestatten nicht, dass sein Tod, der erste „...in fast vierzig Jahren“, wie das Parlament selbst sagt, aus politischen Gründen verdreht wird; Gründe, die völlig anders gelagert und gegen die Ziele der Verteidigung der Menschenrechte gerichtet sind.
3. Dass „...die europäischen Institutionen zu drängen, ihre bedingungslose Unterstützung zu geben und ohne Einwände den Beginn eines friedlichen Prozesses eines politischen Übergangs zu einer Mehrparteiendemokratie in Kuba zu fördern“, nicht nur ein Akt von Einmischung ist, den wir auf Grund unseres Eintretens für Nichteinmischung und Selbstbestimmung der Völker – ebenso verteidigt von der UNO – und gegen den Kolonialismus verwerfen, sondern dass es von einem einzigen Modell von Demokratie ausgeht. Einem Modell, das eigentlich immer ungenügender und fraglicher scheint. Die Suche und das Vertiefen der Demokratie bedeutet, unter anderen, ihre formalen Niveaus zu überwinden und neue, authentisch repräsentative Formen zu entwickeln, die nicht unbedingt an ein Mehrparteiensystem gebunden sind, das, wie alle wissen, häufig verbirgt, dass die Entscheidungen über die großen Probleme der Welt von kleinen und sehr mächtigen Interessengruppen einseitig getroffen werden, oberhalb des Parteienregiments.
4. Dass eine Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten des kubanischen Volkes begründen zu wollen, indem man den Fall von Orlando Zapata – gewöhnlicher Verbrecher und keineswegs politischer Gefangener – in den Medien manipuliert, mit der Antiaufstandspolitik übereinstimmt, die in Lateinamerika zum Stoppen oder Verzerren der laufenden Prozesse von emanzipatorischer Umwandlung angewandt worden sind und der kriminellen Blockade gegen das kubanische Volk hinzugefügt werden. Eine Blockade, die nur

durchgeführt wird, weil Kuba keine Auferlegungen akzeptiert und sein Recht verteidigt, über sein Schicksal mit Würde und in Selbstständigkeit zu entscheiden.

5. Dass wir die Sorge der Parlamentarier über die Achtung der Menschenrechte auf Kuba teilen, aber wir weiten es auf die ganze Welt aus. Genauso wie sie sich um den Fall des gestorbenen Verbrechers (der in 40 Jahren keinen ähnlichen Präzedenzfall hat) sorgen, rufen wir sie auf, das Ende der Besatzung von Gaza und der Attacken gegen das palästinensische Volk zu fordern, die nicht nur einen, sondern hunderte Tote verursacht haben; das Ende der Intervention in Irak und Afghanistan zu fordern, die Tod und Terror in Dörfern und Städten brachte; das Ende der Bombardierung in diesen Orten mit der Begründung, die Demokratie zu verteidigen, zu verlangen; für das Ende der Doppelbesatzung von Haiti einzutreten; die Schließung des Guantánamo-Gefängnisses sowie die Übergabe dieses Gebiets an Kuba zu fordern, dem es gehört; die Rückgabe der Malwinen (Falklandinseln) an Argentinien zu verlangen; und, selbstverständlich, für das Ende einer Blockade einzutreten, die die Menschenrechte des kubanischen Volkes verletzt, und die die moralische Qualität von demjenigen in Frage stellen kann, der eine menschliche Behandlung für einen Verbrecher verlangt, während er diese einem ganzen Volk verweigert.



Die Wirtschafts- und Medienbelästigung, der Kuba unterworfen ist, schon vor dem Tod des gewöhnlichen Gefangenen Orlando Zapata, ist ein Verstoß gegen die Menschen- und politischen Rechte eines Volkes, das sich für einen anderen Weg entschieden hat.

Wir fordern Respekt für die inneren Wege des kubanischen Volkes seine Demokratie zu bestimmen und auszuüben, und verlangen Konsequenz mit den universellen, von der UNO vereinbarten Prinzipien der Nichteinmischung auf.

*Netzwerk zur Verteidigung der Menschheit
(Übers.: Außenstelle der Kubanischen Botschaft, Bonn)
<http://www.porcuba.org>
Botschaft der Republik Kuba: www.botschaft-kuba.de*

Am 18. April 2010: Auf nach Ziegenhals und Zossen!

Am 18. April 2010 findet, um 11:30 Uhr, unsere nächste Kundgebung in Ziegenhals, anlässlich des 124. Geburtstag von Ernst Thälmann, statt.

Als Redner ist angefragt: Stefan Doernberg.

Die meisten von Euch haben von den Vorkommnissen im Ort Zossen (südlich von Berlin) gehört, wo Nazis versuchen, Zossener Antifaschisten und Demokraten mit Nazischmierereien, Morddrohungen und Brandanschlägen zu terrorisieren. Das Zossener „Haus der Demokratie“, das von der parteiunabhängigen Initiative „Zossen zeigt Gesicht“ erst vergangenes Jahr eingeweiht wurde, brannte nach einem Anschlag völlig nieder. Nähere Informationen unter: <http://zossen-zeigt-gesicht.de/>. Am 18. April 2010 soll von 14 Uhr bis 22 Uhr ein Strassenfest in Zossen stattfinden! Wir rufen auf: Unterstützt dieses Fest mit Euren Mitteln!

Der Vorstand des Freundeskreises hat beschlossen, nach unserer Kundgebung, gemeinsam in einem Autokorso, nach Zossen zu fahren, um uns mit den Zossenern gegen den braunen Terror zu solidarisieren. Die regionale Nähe von Zossen und Ziegenhals ist das Eine. Vor allem aber, ist unser Anliegen das gleiche: Nie wieder Faschismus!

Wir rufen alle Kundgebungsteilnehmer auf, sich nach Abschluss unserer Kundgebung, unserem Autokorso nach Zossen anzuschließen.

Ansonsten gilt nach wie vor:

Wir lassen jetzt nicht locker! Ziegenhals gehört der Öffentlichkeit! Gemeinsam sind wir stark!

